

Schlesische

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der Wochenschrift „Schlag und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14-täg. erscheinenden Beilagen „Zeitung“, „Die rote Schlag“, „Der Jungprolet“, „Die Genossin“

Anzeigenpreis: Die gespaltene Millimeterzeile ob. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 4 Goldpfennig. — Kleinanzeigen: Die Millimeterzeile 4 gespaltete oder deren Raum im Text 30 Goldpfennig.

Freitag, 18. April 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6-maligem Erscheinen monatlich 2.00, vierteljährlich 6.00, halbjährlich 11.00, jährlich 21.00. — Einzelhefte 10 Pf. — Redaktion und Expedition: Breslau, Zwickauer Straße 50. — Postfach 1000. — Breslau Nr. 510 69. — Fernsprecher: Breslau, Ring 2887.

Für den Arbeiterkongress.

Die Zentrale der KPD. fordert die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf, die heldenmütigen Kämpfe der Ludwigshafener Chemiker und der Hamburger Metallarbeiter um den Achtstundentag mit allen Kräften zu unterstützen. Diese Kämpfe erhalten jetzt eine erhöhte Bedeutung, angesichts des Planes des internationalen und deutschen Kapitals (Schwerkündigen-Gewerkschaften), das der deutschen Arbeiterklasse noch härtere und unerträglichere politische und wirtschaftliche Lasten aufzwingen will.

Die Zentrale der KPD. hat angesichts dieser verschärften Kapitaloffensive beschlossen, die Forderungen zahlreicher gewerkschaftlicher Organisationen und zahlreicher Großbetriebe aus allen Teilen des Reiches nach Einberufung eines Arbeiterkongresses zu unterstützen. Der Arbeiterkongress soll Ende Mai zusammenzutreten. Im Mittelpunkt der Tagung soll der Kampf gegen Verflämung der Arbeiterklasse durch die deutschen und internationalen kapitalistischen Räuber stehen.

Der Kongress soll weiter den rücksichtslosen Kampf gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie, ohne deren Hilfe das internationale Kapital die Ausplünderung des deutschen Proletariats nicht durchführen kann, organisieren. Der Kongress wird sich ferner ausführlich mit der Schaffung der organisatorischen Grundlagen für die kommenden Kämpfe des deutschen Proletariats beschäftigen. Die Zentrale der KPD. ist überzeugt, daß die Einberufung des Arbeiterkongresses den größten Widerhall in der deutschen und internationalen Arbeiterschaft finden wird. Die Zentrale der KPD. fordert alle Mitglieder der Partei auf, die Organisationen, die diesen Kongress einberufen haben, mit allen zu Gebote stehenden Kräften zu unterstützen.

Berlin, den 17. April 1924.

Zentrale der KPD.

Das Zentrum.

Von W. Thomas.

Unter den bürgerlichen Parteien nimmt das Zentrum eine besondere Stellung ein insofern, als es sich mehr als irgend eine andere Partei der Bürgerlichen auf Proletariat stützt. Es ist oder nicht etwa das politische oder wirtschaftliche Programm des Zentrums, das seine besondere Anziehungskraft auf die hinter ihm stehenden proletarischen Massen ausübt. Der katholische Arbeiter sieht im Zentrum die Partei, die seine religiösen Interessen vertritt. Daß es so sei, das wird ihm bewußt suggeriert durch Gewissenszwang und Irreführung.

Tatsächlich ist das Zentrum eine politische Partei, die sehr geschickt die bestehende Gesellschaftsordnung verteidigt, die Interessen der Herrschenden vertritt.

Knecht soll Knecht bleiben! Das ist politischer Grundsatz des Zentrums. Daraus folgt natürlich: Herr soll Herr bleiben! Und da in unserer Wirtschaftsordnung Herr ist, wer andere ausbeutet, bedeutet der Grundsatz des Zentrums: die Herrschaft des Ausbeutertums soll verewigt werden!

Dieser Grundsatz wird nicht berührt durch die Strömungen, die im Zentrum bestehen, und die nur um die Form und nicht um das Prinzip ringen.

Die Gruppen bestehen in einer spezifisch süddeutschen, die sich um den ehemaligen Reichskanzler Wirth gruppiert und gut bürgerlich-demokratische Ansichten hat und eine, in der der norddeutsche Großindustrielle Klöpper führend ist. Letztere Gruppe zahlenmäßig überwiegend, (bei den Führern, nicht bei den Mitgliedern) war bestimmend für die Politik des Zentrums in den letzten vier Jahren. Sie war auch die Haupttriebfeder der Beseitigung Wirths von seinem Kanzlerposten.

In seinen Laten gemessen, unterscheidet sich das Zentrum durch nichts von den anderen bürgerlichen Parteien; es hat die Durchhaltepolitik vom ersten bis zum letzten Tage des Krieges mitgemacht; es nahm sogar einige Male Gelegenheit, Herrn Erzberger, der im Verdacht stand, heimlich Wirth der Verständigung zu spannen, kräftig abzuschütteln. Das Zentrum hat als Interessenwahrerin der „Religion der Nachkriegs-„Völkermord und Völkerverhaß gepredigt, Kanonen und Bajonette gegeltes, alles getan, was zu solcher Massenverleumdung im Interesse des Kapitals notwendig erscheint.

Die Kriegspolitik des Zentrums unterscheidet sich durch nichts von der Politik der übrigen bürgerlichen Parteien und von der Sozialdemokratie unterscheidet. Das gleiche gilt von der Nachkriegspolitik des Zentrums. Man findet das Zentrum in allen Parlamenten sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem und speziell kulturellem Gebiet stets auf der Seite der Reaktion. Galt es, Steuern zu beschließen, dann war das Zentrum stets bereit, sie auf die Schultern der Besessenen zu legen.

Die Lohnsteuer, derzufolge die Abzüge von Lohn und Gehalt gemacht werden, verdanken die Arbeiter dem ehemaligen Finanzminister und Zentrumsmann Erzberger. Mit Hilfe dieser Steuer hat man den Proletariats auch in der Zeit der Inflation den letzten Steuertropfen aus der Tasche gezogen, währenddem den Besitzenden die schamloseste Steuerdrückerei ermöglicht wurde.

Sein wahres Gesicht zeigte das Zentrum im Reichstag jedesmal dann, wenn von den Kommunisten die Annemittlerung der Opfer der Klassenherrschaft gefordert wurde. Vornehmlich der führende Zentrumsmann Erzberger wandte sich ganz nachdrücklich gegen die Annemie. Eine bessere Illustration der „Nachkriegs-„Völkerverhaß“, auf die das Zentrum „wahr“, dürfte es wohl nicht geben.

Eine besondere Rolle im Zentrum spielte bisher der Vorsitzende der Spitzenorganisation der „christlichen Gewerkschaften“ Adam Stegerwald. Er ist noch ein Ende weiter rechts zu finden als die schwerkapitalistische Gruppe um Klöpper. Erst in jüngster Zeit bekam Stegerwald von der deutschen internationalen Presse ein aberkündigtes Lob. Eine bessere Warnung vor solchen „Arbeitervertretern“ kann es für den Arbeiter nicht geben.

Selbstverständlich hat das Zentrum auch den beiden Ermächtigungsgesetzen zugestimmt. Das zweite Ermächtigungsgesetz hat den derzeitigen Kanzler Dr. Marx, Führer des Zentrums, zum geistigen Vater.

Der Kampf gegen das Zentrum muß von der Arbeiterschaft mit aller Kraft geführt werden, weil es eine bürgerlich-kapitalistische Partei ist, und weil es Pläne stützt, die auf eine absolute Untertänigkeit und Hörigkeit der ausgebeuteten Klasse hingleiten. Der Klassencharakter unserer Gesellschaft bedingt den Kampf der unterdrückten Klasse, weil sonst ihr Untergang unausweichlich ist.

Der ober-schlesische Kampfkongress.

Die ober-schlesischen Bergarbeiter wollen zu ihren kämpfenden Brüdern in Waldenburg stoßen.

An die gesamte Arbeiterschaft von Oberschlesien.

An alle Betriebsräte!

200 revolutionäre Betriebsräte, oppositionelle Gewerkschaftsfunktionäre und Unionisten erheben am 13. 4. 1924 ihre Stimme gegen das ungeheure Elend und die weitere Verflämung des ober-schlesischen Proletariats. Sie rufen

alle Betriebsräte ohne Unterschied der Richtung

auf, am Sonntag den 27. April 1924, zu einer

Betriebsräte-Vollversammlung

zusammen zu treten:

damit das ober-schlesische Proletariat den kommenden Kämpfen gerüstet gegenübersteht,

damit der 1. Mai ein würdiger Kampftag des Proletariats werde.

Die Tagesordnung der Vollversammlung lautet:

1. Wiedereroberung des Achtstundentages und der geraubten sozialen Errungenschaften, Kampf für höhere Löhne,
2. Beschlußfassung über den 1. Mai.
3. Verschiedenes.

Die Konferenz fordert alle Belegschaften auf, dafür Sorge zu tragen, daß alle Betriebsräte vertreten sind.

Einheitliche Kampffront aller Arbeiter, Angestellten und Beamten unter Führung der Betriebsräte ist das Gebot der Stunde.

Unsere Genossen aus dem Kerker rufen auf zum Kampf!

An die Konferenz

der Betriebsräte und Funktionäre Oberschlesiens.

An das ober-schlesische Berg- und Hüttenproletariat Klassen-genossen!

In immer härteren Formen entwickeln sich wirtschaftliche Kämpfe des Proletariats. Die Offensive des Kapitals ist noch nicht abgeschlossen. Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung hat es Euch in der Vergangenheit aufzwingen, weiteren Lohnabbau, weitere Arbeitszeitverlängerung, soll Euch in Zukunft auferlegt werden. Doch auch damit wird die kapitalistische Klasse nicht zufrieden sein. Den flüchtigen Rest Eurer Rechte wird sie versuchen, Euch zu rauben, damit sie leben kann. Restlose Verflämung der gesamten Arbeiterschaft und der Mittelschichten ist das Ziel der brutalen kapitalistischen Gesellschaft. Restlos soll der schaffende Teil des deutschen Volkes ausgeplündert werden. Mögen Millionen Menschen zugrunde gehen, — das stört diese Ausbeuterbrut nicht.

Diese „Edelsten der Nation“, die täglich über die Unterdrückungsmaßnahmen Frankreichs schreien, sie entblöden sich keinen Augenblick, mit denselben französischen Ausbeutern, an Kosten der arbeitenden Klasse Deutschlands ihren Geldsack zu

füllen. — Die schurkischen Gewerkschaftsführer, angefangen bei den Christen, bis zu denen der sozialdemokratischen Richtung, leisten ihnen mit ihrer Politik getreue Handlangerdienste.

— Aus politisch drängt seit dem 1. Oktober u. a. die Großbourgeoisie in verschärfter Weise vor. Die deutsche Arbeiterschaft hat diese Gefahr leider nicht erkannt. Die faschistische Diktatur Stinnes-Seedts ist etabliert. Um sich zu behaupten über halten zu können, um den weißen Schreden in der vollendeten Form der Arbeiterschaft spüren zu lassen, haben sie alle feindschaftlichen und rebellierenden Elemente der Arbeiterschaft, in die Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen. Nur so scheint es ihnen möglich in aller Ruhe die Ausplünderung und Verflämung vorzunehmen.

Über 7000 Massenbewusste Kämpfer sitzen in Gefängnissen und Zuchthäusern. Tausende flüchten von Ort zu Ort, von den weißen Händen verfolgt. Ungeheures Elend ist das Los der Familien dieser Klassenkämpfer.

Arbeiter! Soll es dem Kapitalismus gelingen, die Arbeiterschaft niederzuhalten? Sollen die Proletarier ihre Hunde werden?

Klassen-genossen! Proletarier!

Wir, die wir in den Kerker dieser „demokratischen Republik“ schmachten, können nicht bei Euch sein, nicht aktiv mitkämpfen. Wir rufen Euch aber zu, nicht Rücksicht zu nehmen auf uns und die anderen 8000, — aber auch nicht Rücksicht zu nehmen auf Euch selbst. Wehrt Euch mit allen, aber auch mit allen Mitteln gegen Eure wirtschaftliche Verflämung und politische Unterdrückung.

Kämpft gegen das Kapital, gegen die Stinnes-Seedt-Diktatur bis zum letzten Atemzuge!

Heraus aus der Defensive, über zur Offensive!

Vor zum Angriff!

Stürzt die kapitalistische Gesellschaft!

Oberschlesische Proleten! Gebt das Signal zum Kampf!

Euer Sieg ist unsere Freiheit!

Sinweg mit allem, was trennend und hindernd im Wege stand. Macht Euch frei von allen Illusionen der bürgerlichen Demokratie. Der Diktatur des Kapitals kann nur einzig und allein die Diktatur des Proletariats entgegengesetzt werden. Entledigt Euch aller reformistischen Tendenzen, befreit Euch von den reformistischen Führern. Schart Euch zusammen um das Banner des revolutionären Klassenkampfes und der Sieg wird auch Euch sein.

Die Partei Eures Kampfes muß sein:

Nieder

mit den Angriffen und Provokationen des Kapitals!

Nieder mit dem Kapitalismus und seinen Kastraten!

Hoch

die Solidarität und der Kampf aller Produktiv-Tätigen!

Es lebe der Kampf!

der ober-schlesischen Berg- und Hüttenarbeiter!

Im Namen der eingekerkerten politischen Kämpfer.

ge. Marxgraf

Erneute Beschlagnahme der „Arbeiter-Zeitung“!

Der Buchdruckerstreik in Breslau abgebrochen.

Nachdem die Druckereibetriebe sich zur Zahlung von 2-Mark über den Schiedspruch wöchentlich an alle Gehilfen und einer einmaligen Wirtschaftshilfe nicht unter 25 Prozent eines Wochenverdienstes bereitwillig, haben die streikenden Maschinenfeger und Stereotypsetzer gestern Abend nach einer sehr lebhaften Aussprache im Gewerkschaftshaus in geheimer Abstimmung mit 76 gegen 38 Stimmen beschlossen, den Streik abzubreaken und am Donnerstag früh die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Verlauf des Buchdruckerkampfes zeigt, wie ein nicht gelehrt werden darf. Der Streik wurde in einer überaus günstigen Situation begonnen. Es herrschte Hochkonjunktur im Zeitungsgewerbe, ganz besonders infolge der bevorstehenden Reichstagswahlen, zweitens war die Schlichtung der Buchdrucker über ihre miserablen Löhne ungeheuer groß. Schon hier beginnt der Fehler des Verbandes: Anstatt auf einen Schlag sämtliche bürgerlichen Druckereien Deutschlands mitzulassen und ausreichende Lohnforderungen zu stellen, traten die Buchdrucker in zahlreichen Städten des Reiches von selbst in den Kampf. Es wurden unzureichende Lohnforderungen gestellt, für Breslau 33,60 Mark. Der Kampf wurde durch die Schwächung der Streikführer, die Streikbrecher, mit deren Hilfe in allen Städten die Druckereibetriebe fortgesetzt wurden, aus dem Betrieb geholt und ihre Entlassung als Streikforderung aufgestellt. In den Verhandlungen zeigten sich die Gewerkschaftsführer äußerst demütig und unterwürdig, nicht wie Männer hinter denen eine tatsächliche Macht steht.

Die Krone im Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie war die gestrige Streikverlängerung der Buchdrucker in Breslau. Zu dieser Verlängerung hatte man die Prinzipale zugelassen (III). Ein Fall, der wohl einzig in der Kampfgeschichte der Arbeiterbewegung dasteht. Zuerst der Forderung, die nach dem alten Tarif erst am 1. Mai gezahlt werden sollte und die nach den Vermittlungsverhandlungen bereits 14 Tage eher gezahlt wird, erklärten sich damals die Unternehmer bereit, 5 Prozent eines Wochenverdienstes als Wirtschaftshilfe zu geben, so daß der Lohn nun für 14 Tage über den alten Tarif hinaus zu zahlen war. Die ursprüngliche Lohnforderung von 33,60 Mark für Breslau herabgesetzt. Gest steht doch, daß der jetzige Lohn nur 33,80 Mark beträgt, also um 20 Mark hinter den ursprünglichen Forderungen zurückbleibt. Daß die Maschinenfeger und Stereotypsetzer bei einer jetzt günstigen Kampfsituation dieses Schandangebot annehmen konnten, zeigt, wie zurückgefallen diese Arbeiter sind. Wie sehr sie ihre alten Kampftraditionen vergessen hat und wie sehr sie sich von der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie ins Schlepptau genommen der Kapitalisten nehmen läßt. Hoffentlich lernen die Buchdrucker aus den Fehlern dieses Kampfes und werden im nächsten Streik besser ihren Mann stehen.

Die Zertifikatsstreiks in Sachsen.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Streik der Zertifikatsarbeiter im sächsischen Hauptgebiet der Zertifikatsindustrie hat größeren Umfang angenommen. In den Zertifikatswerken am Krimmichau sind insgesamt 63 Zertifikatsarbeiter von dem Streik betroffen.

Streik der Berliner Hochschüler.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 17. April. Die Berliner Hochschüler haben den Schiedspruch, der 4 und 5 Proz. Lohnsteigerung vorsieht, mit mehr als Dreiviertelmehrheit abgelehnt. Der Streik ist beschlossen.

Streik der Brauereiarbeiter in Rheinland-Westfalen.

(WZB.) Bochum, 16. April. Die Brauereiarbeiter in Rheinland-Westfalen sind heute in den Streik getreten mit Ausnahme der Städte Duisburg und Bochum selbst. Die Streikenden verlangen eine Lohnsteigerung von 30 Prozent.

Jung-Voll vom Bau!

Nachdem die Bergarbeiter hier ausgespart sind, und die Bauunternehmer in Breslau die Bauarbeiter auf die Straße gesetzt haben, haben sich die Bauunternehmer Waldenburg mit den Breslauern solidarisch erklärt und alle Arbeiter ausgespart.

Lehrkräfte, ihr werdet jetzt Streikbrecher an euren älteren Kollegen, wenn ihr euch in diesem Kampf nicht anschließt!

Verläßt sofort die Schulen und leidet Lehrlingsvereinigungen, die zur Ausberrung Stellung nehmen! Die erwachsenen Kollegen werden euch unterstützen.

Erklärt euch solidarisch!

Es lebe der 8-Stundenlag!

Es lebe die geschlossene Kampfront des Jung-Voll vom Bau!

Ausleitung der A. J. Waldenburg.

Ein Kampfplan aus Oberschlesien.

200 revolutionäre Betriebsräte, Unionsrat und oppositionelle Gewerkschaftler haben dem Kampfplan Prokurist der Anstalt, den polnischen und russischen Bergarbeitern und den ausgesparten Waldenburger Kollegen und den Eisenbahnen ihre Kampfstrategie und rufen dazu zu: Halbt aus im Kampf, auch wir müssen und werden halb Schüler an Schalter mit Euch stehen.

Es lebe der Kampf der werktätigen Prokuristen aller Länder.

Bewährungsfrist für Sachsen

Arbeiter bleiben im Zuchthaus.

In dem Prozeß gegen die Arbeiter des Kohlen- und Zink- und Eisenwerks a. d. Saale und Oker ist gegen den Prokuristen von Prozeß vom Landespolizeiamt München vor dem dortigen Prozeß vom Landespolizeiamt München vor dem Reichsgericht München wurden die Angeklagten wegen Verstoßes gegen die Haftbestimmungen zu je 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und je 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Sächsische Angeklagte erhalten Bewährungsfrist bis 1. April 1925 und werden sofort auf freien Fuß gesetzt.

Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ ist gestern wiederum beschlagnahmt worden. Wiederum nahmen es sich die Beamten heraus, einen angeblichen Befehl auszuführen, ohne einen amtlichen Hinweis hierfür vorweisen zu können. Sie glauben anscheinend, daß der alleinige Besitz der Beschlagnahme genügt, um entgegen allen gesetzlichen Bestimmungen jede kommunistische Zeitung beschlagnahmen zu können. Sie berufen sich auf eine Verfügung von Berlin, obwohl Berlin gar nicht wissen konnte, daß wir gestern den ersten Brief der Exekutive an den Parteitag abdrucken werden. Die Stelle in dem Brief, die von der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes als eine Aufgabe der SPD spricht, hatte bei der Polizei Megernis erregt. Auch ohne die Verbote und auch ohne Beschlagnahmen unserer Zeitung weiß die Arbeiterklasse, blickt durch den weißen deutschen Terror, daß die Revolution nicht mit dem Stimmzettel, nicht mit Volksabstimmungen, nicht mit schönen Reden durchgeführt wird. Der ganze Verlauf der Geschichte lehrt, daß eine grundlegende Umwälzung der Gesellschaftsordnung ohne Gewalt, ohne Terror und ohne Blutvergießen nicht möglich ist, — auch wenn es die hohe Polizei nicht wissen sollte.

Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ wird, allen Beschlagnahmen zum Trotz, weiter für die Verteidigung der Arbeiterinteressen mit allen Mitteln kämpfen.

Betriebsrätemahlen in der Preußengrube.

Es wurden 2861 Stimmen abgegeben, davon 20 ungültig; 1923 wurden 2103 gültige Stimmen abgegeben.

Stimmen	Sitze
Polnischer C. Verband P. P. S. 60	1
Poln. Berufsvereinigung P. P. S. 314	1
1. Christmann	1
III. WZB, SPD	346
VI. Union, SPD	1432
1. Christmann	1
V. Metallarb. Verb. Deutschl.	415
VI. Christlicher Bergarb. Verband	265
I. Opposition	765
2 davon Freie Gew., 3 Union	5
II. Christliche	353
III. Polnische Beris.	413
VI. Bergarbeiterverband	431
V. Polnischer C. P.	113

Betriebsrätemahlen bei Viala-Solmann.

Stimmenzahl	gewählte Betriebsräte
Freie Gewerkschaften	4834
Christen	379
Christ-Unionisten	272

Weiter wurden gemäß 4 freigeberliche: Arbeiterräte, 4 Angestelltenräte der Afa und 2 des Deutschnationalen Verbandes, Betriebsräte auf Angestelltenseite 4 von der Afa und 1 von dem Deutschnationalen Verband.

Wir Kommunisten haben einen Genossen unter den Räten der Arbeiter und der Angestellten. Wir haben bereits am Verhalten unserer Genossen bei der Wahl Kritik geübt. Das Resultat bestätigt unsere Vorwürfe. Von vordem 8 Betriebsräten sind wir auf 2 Vertreter im Arbeiter- und Betriebsrat herabgesunken.

Wir halten fest und trenn zusammen.

Bei der diesjährigen Neuwahl des Betriebsrates auf der Städtischen Straßenbahn Breslau verloren die Reformisten 4 Sitze und somit auch die Mehrheit an die Christlich-Nationalen. Trotzdem, daß die Reformisten im Wahlkampf vor der Betriebsratswahl die Christlich-Nationalen als Feindlichen bezeichnet, veröffentlicht jetzt der abgedankte reformistische Betriebsratsvorsitzende einen Kussgang, in dem er sagt: Ich bitte dem neuen Betriebsrat, vor allen Dingen dem Reformisten, das größte Vertrauen entgegenzubringen. Tatsächlich wird es möglich sein, alle Kräfte zur Zufriedenheit zu erfüllen.

Ebert hat Recht für die Herstellung von Ruhe und Ordnung mit Hilfe des Ausnahmezustandes gedankt, und hat das Fahnenheiden Stimmes bewahrt.

Ein reformistischer Betriebsrat fordert die Selbstkass auf, dem neuen tatsächlichen Betriebsratsvorsitzenden das vollste Vertrauen entgegenzubringen.

Einer ist des andern wert.

Rechentafeln ausläßlich der Betriebsrätemahlen.

Die „Vollmacht“ bringt eine Zusammenfassung der Resultate bei den Betriebsrätemahlen in niederschlesischen Kohlengruben. Sie schreibt:

Die freien Gewerkschaften haben es auf 161 Mandate gebracht. Dagegen hat der Bergarbeiterverband 135 und die übrigen Parteien auf die im Vergleich mit den bisherigen Mandatsverhältnissen. Der Christliche Gewerkschaften hat keinen Bestand des Vorjahres, nämlich 7 Mitglieder, behalten, während der Gewerkschaften 5-9. 12 Betriebsratsmitglieder, ebenfalls wie im Vorjahr, erhalten hat. Die sogenannte „Opposition“ oder die Union der Hand- und Körperarbeiter hat es auf ganze 10 Mandate gebracht.

Was folgt daraus für die SPD? Die Kommunisten hätten immer noch nur 10 Mandate. Betriebsräte in niederschlesischen Kohlengruben! Eine vernichtende Niederlage der SPD. Die SPD hat aufgehört alle die Kommunisten vorzuziehen, die auf freigeberliche Sitze des BVA gewählt wurden. Wir Kommunisten haben im Waldenburger Bezirk, trotz der Maßregelungen durch die Kommunisten, trotz ihrer Verurteilung durch den Unterapparat der SPD, durch das Unternehmertum gegen 13 Betriebsratsplätze in unserer Hand. Als die verschiedenen Persönlichkeiten von Waldenburg in unserem BVA waren die Angaben der „Vollmacht“ liegen.

Abstimmen, nicht kämpfen!

Jetzt werden wir den 17. Aprilstag ganz gewiß zurückwerfen, ohne Kampf, ohne Zusammenstoß, ohne Schramm an die Wand zu stoßen. Der 17. Aprilstag hat eine Kommission aus 5 Mitgliedern ernannt, die es zu tun hat für eine Volksabstimmung über den 17. Aprilstag in Deutschland vorzubereiten soll.

Beamte werden weiter abgebaut.

Durch das Sparkommissariat sind, wie die Berliner Arbeiter mitteilen, auf Grund der Personalabbauverordnung, bis zum 1. April 33000 Beamte, Angestellte und Arbeiter abgebaut worden, das sind ungefähr 20 Prozent des gesamten Personalbestandes des Reiches vom 1. Oktober vorigen Jahres. Diese Ersparnisse belaufen sich an den laufenden personellen Ausgaben, die durch diesen Abbau erzielt worden sind, auf rund 300 Millionen Goldmark im Jahre, das sind an den Gesamtausgaben des Reiches gemessen, 4 Prozent, an den Personalausgaben 10 Prozent. Dazu kommen noch erhebliche Ersparnisse an Sachausgaben, wie z. B. für Miete, Heizung, Licht usw. Von einer Absicht der Reichsregierung, auf den Abbau der noch verbleibenden 5 Prozent der zum Abbau bestimmten 25 Prozent des Gesamtpersonals des Reiches zu verzichten, verläuft entgegen der Meinung eines Berliner Staatsabteilungsleiters vorläufig noch nichts. Auf die Länder und Gemeinden entfallen 50000 Beamte, Angestellte und Arbeiter.

20prozentiger Personalabbau (in Wirklichkeit ist er größer) und 10 Prozent Ersparnis in den Personalausgaben, nur 4 Prozent in den Gesamtausgaben des Reiches. Nichts beweist deutlicher die Mächtigkeit dieses Sparsystems, dessen einziger wahrer Zweck die Reinigung der Staatsbetriebe von Revolutionären, die Abneigung der Arbeiterschaft ist. Prüft man die Angaben der Regierung nach, so ergibt sich ganz gewiß überhaupt keine Ersparnis, da die neuentstandenen Mehrkosten, die der Abbau verursacht, nicht berücksichtigt worden. Trotzdem erklärt die Regierung kategorisch:

Es wird weiter abgebaut!

Die Beamten mögen am 4. Mai die Konsequenzen ziehen!

Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten.

Die „Leipziger Volkszeitung“ entlarvt die Lügen der „Vollmacht“.

Die „Vollmacht“, die infolge der Veröffentlichung unserer alten Dokumente an dem März 1919 ganz die Sprache verloren hatte, hat sich endlich zu einer Antwort aufgerufen. Sie behauptet frech und gottessüchtig, der damalige Epistelbericht, auf Grund dessen der weiße Terror 1919 in Breslau einzog, sei echt gewesen. Wir betonen demgegenüber noch einmal, daß nicht eine Waffe, nicht ein schriftliches oder gedrucktes Dokument, daß absolut nichts gefunden wurde.

Wir fragen weiter die „Vollmacht“:

Warum wurden die „Verbrecher“, die „Putschisten“ nicht bestraft, warum nicht einmal eine Untersuchung eingeleitet? Weil absolut kein Material vorhanden war, weil nur Lügen und Verleumdungen die Grundlage der Kampagne waren.

Zum Ueberflus bringen wir die Zeilen, die die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ zu den Breslauer Vorgängen schrieb: Wir schließen damit dieses Kapitel.

Ein neues interessantes Kapitel aus jenen Jahren soll demnächst folgen. Die Redaktion.

„Spartakus“ in Breslau.

Man schreibt uns aus Breslau: Eine bezahlte Epistelarbeit brachte die Stadt Breslau in Aufruhr. Die ewigen Revolutionäre und unruhigen Köpfe unter den Arbeitern, die man hier im Osten durchweg Spartakisten nennt, hatten, wenn man der Breslauer „Vollmacht“ glauben schenken will, durchbares Unheil geplant. Mit Hilfe Berliner Spartakistenführer sollte eine Pflünderung Breslaus in Szene gesetzt werden und selbstverständlich sind in dem aufgefundenen Vernichtungsplan auch eine ganze Anzahl Gewalttaten und Morde vorgesehen. Dieser laubere Plan wurde — es gibt eben noch immer regierungstreue Männer — dem Generalkommando des VI. U.-R. übermittelt und dieses — ganz Breslau lacht darüber — fiel auf den verpönten Gastmächtsführer eines Polizeipostens herein. Es wandte sich, im Besonderen der wichtigste Material, sofort an den hiesigen Zentral-Exekutiv- und Vollrat, in dem natürlich nur patriotisch gestimmte Leute sitzen. Und diese, erschreckt von dem geplanten Verbrechen und erdrückt von der Verantwortungsschwere, brühten über dem Gegenzuge. Doch ehe aber unsere tapferen Mehrheitssozialisten zu einem Entschlusse gelangten, hatte sich annehmend das Generalkommando die Rolle der Vorführung selbstständig übernommen und, wie uns versichert wurde, ohne den Exekutivrat überhaupt nur zu fragen, schwarz-weiß-rot behänderte und staubschneidende Truppen nach Breslau geschickt. Wie sich die Herren des Generalkommandos handelten die Angestellten des Vollrates. Ohne sich mit Soldatenrat und Generalkommando in Verbindung zu setzen, wurden in Hunderte-tausenden von Flugblättern die Breslauer Bürger befehligt, daß man ein großes Unheil von ihnen abgewandt habe. Wie in einer Versammlung der Breslauer S.-Räte bekannt wurde, ist man des Ursprungs dieses Machwerkes ungewiß. Der Zentral-Exekutivrat jedenfalls weigert sich, diese revolutionäre Drohung anzuerkennen.

Man wäre diese ganze Komödie zum tollachen, wenn sie nicht auch eine Reklame besäße. Der Vollrat — den man man lernen! — ließ auf Grund des Epistelmateriale fürerhand nicht sogenannte Spartakistenführer verhaften; größtenteils harmlose Idealisten. Das seit einigen Tagen zweimal wöchentlich erscheinende Blättchen „Spartakus“ wurde in seiner letzten Auflage beschlagnahmt; der noch vorhandene Satz demoliert und zum Beweis, daß nicht nur Spartakisten Rassen mitgehört haben, wurden auch die Sammelgoldchen armer Arbeiter, im ganzen etwa 800 Mk., beschlagnahmt.

Natürlich müssen die Leute wieder freigelassen werden, wenn es nicht gelingt, ein besseres Material, als das vorhandene, herbeizuschaffen. Das kann natürlich nicht gelingen, weil solche nicht vorhanden. Aber unmöglich kann man auf Grund der hiesigen Epistelausgaben ihre weitere Festnahme verfügen. Flugblätter hat man einen neuen Gedanken: Verhängung des Belagerungsstandes! Dagegen sträubten sich aber annehmend die Soldatenräte Breslaus auf das entschiedenste und es dürfte wohl auf diesem Spas nichts werden.

Soeben erhalte ich die Nachricht, daß die weiße Garde aus Breslau abgegangen ist. Man befürchtet Zusammenstoß mit den Truppen der Garde, die sich in punkto Regierungstreue nicht gern überreifen lassen wollten. Zumal waren beim Einzug der Truppen bereits Prügelleien im Gange und man hatte die begründete Furcht, daß wohl im Falle längerer Anwesenheit der Truppen in Breslau noch schlimmeres passierte wäre.

Unter den Arbeitern aber gärt es: sie spüren zum ersten Mal die provozierende Haltung der Rost-Gardisten. Und wenn die Truppen dazu beitragen sollte, die Massen des Ostens auf ihren dieuren Schale zu rütteln, dann hat die gegenrevolutionäre Mäße auch eine gute Seite besessen.

Auf Wiedersehen am 4. Mai!

Geblieben deine Abonnenten?

Die Hungergehälter der Polizeibeamten

Eine vom Verband der Preussischen Polizeibeamten einberufene öffentliche Versammlung im Schiedsrichteramt beschäftigte sich am Dienstag mit der wirtschaftlichen Lage der Polizeibeamten. Vor der Eröffnung der Versammlung gedachte der Vorsitzende der

drei freiwillig aus dem Leben geschiedenen Kollegen. Die Ursachen dieser drei in letzter Zeit vorgekommenen Selbstmorde waren rein wirtschaftlicher Natur. Der Referent des Abends und die Disziplinarredner sagten über den Beamtenabbau und Kürzung der Gehälter und Aufwandsentschädigungen. Auch vor dem Kriege war die Lage der Polizeibeamten eine trostlose, sogar mit Arrest konnten sie bestraft werden.

Die herrschende Klasse kann weder die ausgebeuteten Proletarier noch die leibliche Schutzhunde menschenwürdig entlohnen, denn dieses würde das Ende der Ausbeuterherrschaft bedeuten. Betteln, Bitten, Anträge und fromme Wünsche werden den Polizeibeamten nicht helfen.

Wollen sie ernstlich aus ihrer elenden wirtschaftlichen Lage herauskommen, so müssen sie nicht an die Ausbeuter, sondern an die ausgebeuteten Anschluß suchen. Erst nach dem siegreichen Kampfe gegen die Herrschaft des Schieberlumpens werden auch die Polizeibeamten erleichtert aufatmen können.

Mädchen- und Turnerinnenabteilung. Freie Turnerschaft Breslau.

Die 2. Mädchen- und Turnerinnenabteilung der Freien Turnerschaft tritt am Samstag mit einem großzügigen Schauturnen in der Festungshalle vor die Öffentlichkeit. Das reichhaltige Programm weist Frei-, Hüft- und Stabübungen für drei Altersstufen im Mädchenturnen auf. Geübte Mädchen zeigen schwierige Übungen am Barren. Über 120 Mädchen bringen 7 gemeinsame Stund- und Volkstänze zur Schau. Etwa 50 Turnerinnen kommen mit den Freiübungen vom diesjährigen Arbeiterforttag als Auftakt ihrer Übungsordnung auf den Plan. Ihnen folgen Mittelstabsübungen. Weiter folgen 6 Reigen im Schulturnen an den verschiedensten Geräten. Diesem allgemeinen Turnen folgt eine Sonderreihe am Barren. Das Turnen der Turnerinnen beschließen 2 Stundstücke aus einem Wandler und einem Stundstück in 2 Übungsstufen in leichter Hüft- und Schritttänzen. Der gemeinsame Auf- und Abmarsch der gesamten Abteilung eröffnet und beschließt das öffentliche Turnen. Mit diesen 12 Programmbildern zeigen wir einen großen Ausschnitt aus unseren Übungsstunden. Mit dem geringen Eintrittspreis von 0,50 Mk. für Erwachsene und 0,20 Mk. für Kinder glauben wir allen Klassenangehörigen, Arbeiter, Sportler und Sportlerinnen einen Besuch zu ermöglichen. In zuvorkommender Weise stellt uns die Haase-Brauerei etwa 250 Stühle kostenlos zur Verfügung. Der Eintrittspreis berechtigt bei uns zu keinem Anspruch auf einen Sitzplatz, sondern die Sitzmöglichkeiten werden für ältere Leute, Kriegsveterane und Beinschwache reserviert. Wir bitten dieses beachten zu wollen. Einlaß 5 Uhr, Beginn des Turnens 6 Uhr. Programm sind im Gewerkschaftshaus, in der Volkswachbuchhandlung und bei den Abteilungsmitgliedern zu haben.

Zur SPD-Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Die SPD hatte großes Pech. Nicht nur, daß der leibhaftige Ministerpräsident Otto Braun durch andere wichtige Dinge verhindert war zu referieren, hatte sein Namensvetter es übernommen, den erschienenen „Volksgenossen“ zu überzeugen, daß das Glück ihrer Zukunft in der Abgabe des Stimmzettels für die SPD liege.

Wenn man Herrn Braun, und wenn man überhaupt eine ganze Reihe namhafter „Sozialisten“ in den Wählerversammlungen gehört hat, ist man geradezu erstaunt über die Inhaltlosigkeit ihrer Rede. Die Ursache ihrer Inhaltlosigkeit liegt nicht etwa allein darin, daß die SPD kein Programm hat und deshalb auch nichts Programmatisches unterbreiten kann, sondern vielmehr soll es nicht so einfach sein, den „Massen“ in einseitiger Rede etwas über die kommende Wahl oder den kommenden Reichstag zu sagen, ohne daß die Wählermassen merken, daß sie durch neuen Sumpf, wieder wie bisher, hinter das Licht geführt werden. Braun polemisierte gegen die bürgerlichen Parteien und zitierte darüber, daß alle Herrschaft von Bayern ausgehe.

Leider seien von den Deutschböllischen schon viele Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte erfährt worden und es sei Pflicht, die Arbeiter überall aufzuklären über die Ausichtslosigkeit der Programme dieser Leute, oder ihrer Programmlosigkeit. Was die Schieber und Wucherer angeht, so sei die Sozialdemokratie gegen alle diese Elemente. Die Sozis seien also viel radikaler als die Deutschböllischen (daher der Name Schieberrepublik).

Die Sozialdemokraten seien Gegner jeder Ausbeutung, deshalb bekämpften sie jeden Ausbeuter ob Jude oder Christ. (Daher Beseitigung des 8-Stundentages durch die Sozialdemokraten.)

Wir Sozialdemokraten sind für Aufhebung dieser Gesellschaftsordnung weil sie die Ursache dieser Schieber und Wucherer ist.

Man behandelte Braun zur Abwechslung die Monarchie, die die bürgerlichen Parteien wieder einführen wollen, um damit den Protest vor Augen zu führen, daß sie durch Abgabe des Stimmzettels, für die Erhaltung der Republik kämpfen müssen. Die Zwickerei auf einen neuen Krieg bezeichnend, berichtete er wie gut es war, daß damals der Krieg auf fremden Boden geführt und im fremden Lande alles niedergebraut wurde, während ein neuer Krieg, weil wir keine Waffen haben, auf deutschem Boden geführt werden mußte.

„Wenn Sie“, sagte Braun, „die Sehnsucht nach dem Frieden haben, dann können Sie niemanden Ihre Stimme geben der eine Politik der Zerstörung will.“ (Daher 4 1/2 Jahre Kreditbewilligung.)

Aber auch den Frauen hielt der Redner vor, daß doch die Sozialdemokratie es war, die verlassen von den bürgerlichen jahrzehntelang für das Wahlrecht der Frauen gekämpft. Als am 9. November die Sozialdemokratie die Macht hatte, da hat sie den Frauen das Wahlrecht gegeben, deshalb müßten die Frauen für die Sozialdemokratie stimmen. Braun sagte nicht, daß die Sozialdemokratie nicht den ersten Kampf gegen die §§ 218, und 219 aufgenommen. Er sagte nicht, daß sie Kampflös alle sozialen Verschönerungen hingenommen.

Mit Pathos sagte er: Wenn die Arbeiter alles wählten, was die bürgerlichen Parteien verbieten haben, dann würden sie alle Anstrengungen machen, aufzuklären über die Arbeiterfeindschaft dieser bürgerlichen Parteien.

Diese gemeine Demagogie muß allerdings festgehalten werden. Den Arbeitern muß immer wieder gesagt werden wie groß der Verrat der Sozialdemokratie, die sich proletarische Partei nennt, begangen durch Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz

ist. Braun hat nicht mit einem Wort die Taten der Sozialdemokratie während der vierjährigen Dauer des Reichstages behandelt, sonst hätte er den Nachweis führen müssen, wie seine Parteiretriker bewußt die Rechte der Arbeiterklasse preisgegeben haben.

Die Arbeiter haben aber nicht vergessen, voll Abscheu wenden sie sich ab von einer Partei die den Arbeiterverrat auf ihre Fahnen geschrieben. Der 4. Mai ist Jahrtag Arbeitsgenossen geht ihnen die Quittung.

Wohltätigkeitskonzert für die Erwerbslosen. Infolge Entgegenkommen der Steuerbehörde, die uns Steuerfreiheit gewährt hat, sind ab heute vollständige Preise festgesetzt: 0,75, 1.— und 1,50 Mark.

Aus der Provinz. Die Werbeweche. Der Bruderzwist.

„Fleisch gibt es heute teins“, sagte die Frau und stellte den Löffel mit den Schälartoffeln auf den Tisch. „Weshalb denn nicht?“ frag lächelnd der Mann. „Frage nicht so dumme“, erwiderte ärgerlich die Frau, „weil es eben nicht langt. Jede Woche eine Feiertagskost und am Lohnstage der große Rest. Und die Kinder wollen doch auch was zu freisen haben. Oder denkst du, daß ich mir das Fehlende aus der Haut rauschneiden kann?“

Auch der Mann wußte, daß der farge Verdienst nicht langem konnte, aber den Wunsch, seine Frau zu ärgern, konnte er doch nicht vertreiben: „Nun, schlecht siehst du noch nicht aus. Und was machen übrigens die Arbeitslosen, die überhaupt keinen Verdienst haben?“

„Was kümmern mich die andern. Hauptsache, ich bin satt“, erwiderte schroff die Frau und wart eine schlechte Kartoffel in den Kohlenlaken. — „Nein, Frau, das ist nicht richtig von dir, wir müssen einer dem andern helfen, denn einzeln sind wir nichts, vereint aber eine Macht.“

„Was hast du denn jetzt davon für das Rummelgelaufe die vielen Jahre hindurch? Bist Gemeindevorsteher geworden und auch Betriebsrat, aber zu freisen hast du immer noch nichts“, sprach gereizt die Frau.

Der Mann erwiderte nichts. Schweigend schälten beide die Kartoffeln. In der Tür klopfte es. Hastig sprang die Frau auf, wollte die Kartoffeln vom Tisch wegräumen, damit der Besuch sie nicht sieht. „Ach was“, sagte der Mann, „wird wohl auch ein armes Luder sein!“ und rief das Herein.

„Wünsche wohl gepeist zu haben“, trat der Nachbar in die Stube herein. „Nanu, ein selbener Besuch!“ sagte der Mann und die Frau strahlte übers ganze Gesicht.

„Siehst du, wir veranstalten jetzt eine Werbeweche für unsere „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ und da komme ich auch zu dir, um dich zu fragen, ob du sie vielleicht mitkaufen willst?“

„Ne, eine kommunistische Zeitung lei ich nicht! Soll ich mein Geld etwa dafür bezahlen, daß sie die Führer meiner Partei beschimpft?“

„Sie haben es doch nicht anders verdient. Oder denkst du, daß Ebert heute zum Mittagessen auch nur Schälartoffeln mit Margarine haben wird? Oder der Herr Genosse Oberpräsident? Sind denn etwa eure Führer besser?“ Meinst du damit unseren Bezirksleiter Delsner oder vielleicht Max Häh? Oder einen andern von den 7000, die hinter Zucht- haushausern schmachten?“

„Aber, Herr Müller, weshalb will ihre Partei durchaus den Bürgerkrieg haben?“ ergriff jetzt die Frau das Wort. „Wir wollen ihn nicht haben, aber er ist unvermeidlich.“ — „Siehst du, hier trennen wir uns, wir lehnen die Gewalt als Mittel des Klassenkampfes ab.“

„Willst du denn gegen die bewaffneten Hakenkreuzler und die Stahlhelmlente mit dem Taschenmesser in der Hand kämpfen? Oder glaubst du, daß sie ihre Herrschaft und Besitz freiwillig an uns abtreten werden?“

Immer mehr und mehr Beweise und Argumente brachte Müller vor, bis der Nachbar doch zu schwanken begann und zugab, daß es ohne Diktatur doch nicht gehen wird.

„Siehst du“, sagte Müller, „um sich aber über den Gedanken der Diktatur mehr Aufklärung zu verschaffen, müßt du die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ lesen.“ „Aber wo das Geld hernehmen?“ sagte die Frau, „zwei Zeitungen halten können wir nicht, und unser Blatt werden wir nicht abgeben.“

Aber auch hier wügte Müller einen Rat: „Dein Nachbar ist doch auch ein Sozialdemokrat und liest auch das Parteiblatt. Wenn du jetzt deins abbestellst, so kamaist du von ihm das sozialdemokratische und er von dir das kommunistische Blatt lesen. Dadurch gewinnst du und er. Wenn ihr auf dieselbe Weise verfährt, so wird es nicht lange dauern und ich werde euch beide in die kommunistische Partei aufnehmen können, wodurch unser Bruderzwist auch beendet sein wird.“

Und so geschah es auch. Nachdem Müllers Nachbar drei Wochen die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ gelesen hatte, ließ er sich auch in die kommunistische Partei aufnehmen. — us.

Viel Kinder — viel Regen.

In Landeshut wurde eine Arbeiterin nach ihrem vierten Wochenbett bei Wiederaufnahme der Arbeit mit dem Bemerkten abgewiesen, wenn sie jedes Jahr ein Kind bekäme, könne sie nicht mehr eingestellt werden. Zwei Betriebsratsmitglieder hielten das für richtig. Die Frau suchte in einem anderen Betriebe Arbeit als Weberin, da der Mann kaum 12 Mark verdient. Sie wurde abgewiesen. Wenige Stunden darauf wurden in demselben Betriebe Weberinnen aus benachbarten Kreisen eingestellt.

Grellartig beleuchtet dieser Vorfall die ausweglose Lage der Proletarierin.

Gebärt sie keine Kinder, so wandert sie wegen Abtreibungs im Zuchthaus.

Hat sie Kinder — so verliert sie die Arbeit.

Geht sie sterben — so wird sie eingeperrt.

Verflucht sei die bestehende Ordnung!

Sahnan. Öffentliche Wählerversammlung. 26 Uhr. Am Dienstag, den 8. April, sprach im „Volkshaus“ zu Sahnan der Sozialdemokrat Buchholz. Er kündigte der Reaktion den schärfsten Stimmzettelskampf an. Der diktatorische

Fürchtet das „Schwarze Brett“!

Kampf, wie es die bösen Kommunisten wollen, ist in Deutschland ein Ding der Unmöglichkeit. An der jetzigen Staatsform dürfte es keinen Fall gerüttelt werden. Er verweist die Versammlung auf die englische Arbeiterregierung. Ueber die Unterdrückung der englischen Arbeiterkraft in ihren Kämpfen durch den militärischen Ausnahmezustand (ganz wie in Deutschland) schied er sich aus. Die Taten der Sozialdemokratie in den Koalitionsparlamenten schilderte der Referent vorzüglich, er mußte nämlich selber zugeben, daß sämtliche Anträge der Sozialdemokratie von ihren bürgerlichen Parlamentsfreunden nicht genehmigt wurden. Schon im Jahre 1919 hatte dieser (Duchsch) das Verlangen der jetzigen Staatsform vorausgesehen, hat sich aber, Scheinbar um das Wohl der Arbeiterschaft zu fordern, mitverantwortlich an dem großen Elend der deutschen Arbeiterschaft gemacht. Vortrefflich schilderte er die Schandjustiz vom Münchener Volksgericht, vergaß aber, für die Befreiung der inhaftierten besten Arbeiterführer (Max Höp) zu appellieren. Dem Ermächtigungsgesetz hat die SPD zustimmen müssen um den bürgerlichen Staatsvertretern die Vollmacht zur Unterdrückung einer neuen Inflation und zur Erhaltung der Rentenansprüche zu geben. Mit einer nachmaligen Ermahnung, am 4. Mai die Stimme nur der SPD zu geben, ging man zur Diskussion über.

In der Diskussion führte Genosse F. der Versammlung die Augen, wie schändlichen Verrat die SPD an der deutschen Arbeiterschaft betrieben hat. Trotzdem der Herr Parteiführer der deutschnationalen Volkspartei, Spitze, persönlich aufgetreten worden war, in dieser öffentlichen Versammlung seine frechen und schmutzigen Lügen der deutschen Arbeiterschaft gegenüber zu rechtfertigen; hat es dieser feige Paron vorgezogen, sich selbstwärts in die Büsche zu schlagen. Der SPD-Mann Gaudlich jun. zeigte sich Scheinbar sehr erregt über die Ausführungen des Genossen F. Im Schlusswort verurteilte der Referent mit allen Kamillen und Wippen der Versammlung seine Partei als die ehrlichste aller Gattungen hinustellen.

Der weiße Terror in Wobret.

Wenn in Auswärtiger nach der Gemeinde Wobret kommt und nach einem Saal oder Vereinszimmer fragt, so bekommt er zur Antwort: „So etwas gibt es hier nicht.“ Und warum nicht? Hier“ sagt der eine Gastwirt, verfiert nur die Direktion der Jultenhütte, außerdem ist der Jaltadenbus abgebrochen worden und der Saal steht in Renovation.“ Zu bemerken ist, daß die Renovation bereits zwei Jahre dauert. Ein Beweis, daß es nicht an Geld mangelt, möge die „italienische Nacht“, die den Betrag von 18000 Mk. verschlang, sein. Einen zweiten Saal hat man als Schachhaus eingerichtet, dieser gehört zu dem Grundstück der Grunderverwaltung der Graflich Schafgotschen Werke. Und das letzte große Vereinszimmer, das auch Schachgasthaus heißt, ist vor kurzem Schachhaus geworden. So ist die Gemeinde Wobret von Räumlichkeiten, welche der Deutschen Freiheit gehören, entblüht.

Als ich nun beim Bürgermeister Pr. z. i. l. Beschwerde einlegte und Abhilfe zu schaffen bat, erklärte dieser, es liegt nicht in seiner Macht, er könne nicht die Gewaltigen dazu zwingen, die Säle wie auch Vereinszimmer freizumachen, da dies Privatbesitz sei. Man kann aber unmöglich öffentliche Räume als Schachhaus einrichten. Ebenlogut könnte dann derselbe Besitzer die Räume zum Bordell machen. Hier kann nur angenommen werden, daß dies gemeinsam mit der Gemeindebehörde geschah, denn der Konzessionsinhaber muß einen solchen Raum, welcher konfessioniert ist, und den er für andere Zwecke einzurichten denkt, dem Konzessionserteiler anzeigen. Das ist die Gemeinde resp. die nächst höheren Behörden. Jedenfalls muß die hiesige Gemeinde Kenntnis gehabt und die Genehmigung hierzu erteilt haben. Wäre der Bürgermeister hierfür eingetretten und die Miete, die schon bei den wenigen Räumen bestand, an die nächst höhere Instanz gemeldet, so konnte der gegenwärtige Zustand nicht zutage werden. Man kann hier offen ausbrechen, daß jenen Hüttern, die das Gemeindegeld so oft in den Mund nehmen, nichts an dem liegt, sonst müßten sie alles Interesse daran setzen, um den Fortschritt, sowie die Bildung der Menschen, vorwärts zu treiben statt zu hemmen.

Hierzu kommt noch ein besonderes Verbot für einzelne Bürger von Wobret, zu denen auch ich gehöre, daß man denen ohne jede Befugnisgabe der Gründe zwei Monate unerlaubt hatte zu bereiten. Mit welcher Brutalität man hier vorgeht mögen nachstehende Fälle zeigen. Als ich im Jultenhaus zu einer Versammlung gesprochen hatte, wurde dem dortigen Pächter oder Vertreter Herr Ruffa das Lokal für eine Woche geschlossen, weil dieser mir das Lokal nicht verbieten hatte und mich nicht sprechen nicht hinderte. Die nächste Pächterin Polamonik (Wibere) ist wiederholt zum Direktor Gieseler des Jultenberges der Jultenhütte gerufen worden, und gewarnt, bestimmten Personen das Lokal zu verbieten, mit den Worten: „Sehen Sie, ein Vereinszimmer hat man Ihnen schon genommen, nur deshalb weil sie dort politische Versammlungen abhalten lassen und wenn Sie ein weiteres Interesse an dem Lokal haben, so folgen Sie unseren Warnungen, denn es gibt Ihnen doch kein Recht etwas, wenn Sie dann auf der Straße liegen.“ Die Pächterin Frau Polamonik erhält von der Jultenhütte ein Gradendrot und ist auf die Gnade oder Ungnade der Direktion angewiesen.

Besonders wert ist dabei, daß die Vermieterin nicht Herr Gieseler der Direktor der Jultenhütte ist, sondern die Graflich Schafgotschen Werke. Ein trasser Beweis dafür, wie bei diesen Herren eine Hand die andere wäscht.

Zum Schluß noch ein paar Worte. Als ich erneut beim Bürgermeister Herr Pr. z. i. l. um Schutz gegen diesen, von der Jultenhütten-Direktion ausgehenden Terror bat, erklärte mir dieser Herr: „Ja, auch dagegen kann ich nichts tun.“ Denn nach einem Gesetz, das auf eine Zeit des sechzehnten Jahrhunderts (1751) zurückreift, bleibt es dem Gastwirt überlassen, seine Waren zu verkaufen oder aber besonderen Gästen zurückzufallen; desgleichen das Lokal allen denen zu verbieten, die er nicht duldet. Möge ein solches verstaubtes Gesetz als Rechtsstaat bestehen oder nicht, so sei aber an dieser Stelle festgehalten, daß nicht der Gastwirt sondern der Beherrschender anderwärts wohnt, den Zwang auf den Gastwirt ausübt, bestimmten Personen das Lokal zu verbieten. Wenn dieses so weiter durchgeführt wird und keine Grenzen dieser Brutalität gesetzt werden, so kann man heute schon annehmen, daß man als Bürger Wobrets sein Glas Bier sowie Gesellschaft in einer solchen Gemeinde suchen müssen wird. Schließlich kommt es so weit, daß man das Betreten des Bürgerreises verbieten darf. Ob hier der Herr Bürgermeister auch nichts wird tun können?

Ich halte es deshalb als Gemeindevertreter für meine Pflicht, dieses der Öffentlichkeit zu zittern, um endlich einmal einen unhaltbaren Zustand in einer politischen Gemeinde, die zur freiesten Republik Deutschland gehört, ein Ende zu setzen, besonders aber auch darum, um das Vertrauen als freieste Republik des Welt im Auslande weiter zu erhalten.

Ein Gemeindevertreter.

Genosse, ihm dich! Noch keine Abonnenten?

Sahnan. Öffentliche Wählerversammlung. 26 Uhr. Am Dienstag, den 8. April, sprach im „Volkshaus“ zu Sahnan der Sozialdemokrat Buchholz. Er kündigte der Reaktion den schärfsten Stimmzettelskampf an. Der diktatorische

Zin Scheinkommunist, wer keine Abonnenten bekommt!

Sahnan. Öffentliche Wählerversammlung. 26 Uhr. Am Dienstag, den 8. April, sprach im „Volkshaus“ zu Sahnan der Sozialdemokrat Buchholz. Er kündigte der Reaktion den schärfsten Stimmzettelskampf an. Der diktatorische

Steiniger Jugend gegen das Arbeitsdienstpflichtjahr.

Die kommunistische Jugend OS Ortsgruppe Steinig hat am Freitag, den 11. April eine Kundgebung gegen das Arbeitsdienstpflichtjahr ein. Der Besuch der Versammlung war eine beachtliche Antwort auf den Vorstoß der Konterrevolution. Große Massen der jungen Arbeiter erschienen und lauschten mit Spannung den Ausführungen unseres Genossen Schmidt. Die anwesenden Beamten der politischen Polizei hatten etwas Drohendes vorbereitet, sie wollten den solange Gedulden am Tragen lassen und ihm für einige Zeit das wunderbare Staatsanatomikum unentgeltlich zur Verfügung stellen. Der Redner Schmidt sagte: „Ich werde ihn schon fassen“ mit Namen Schmidt, hatte es sich zur Pflicht gemacht, das edle Wild zu fangen. Aber es half nichts. Er war wieder einmal eingetroffen. Unter Genosse konnte kein Referat ruhig beendet und der Beifall bewies, daß die Versammlung geschlossen hinter der kommunistischen Jugend stand. Wie es erzählt wurde sollten die Kriminalbeamten fürchtbar erschienen sein, als unterbrechende Resolution angenommen wurde.

Die am 11. April 1924 tagende öffentliche Jugendversammlung nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von den Schandtatzen der Konterrevolution. Sie gelobt, mit allen Kräften gegen das Arbeitsdienstpflichtjahr zu kämpfen, das eine völlige Ver- und Verblöschung der arbeitenden Jugend bedeutet. Sie begrüßt die Einberufung einer Jungarbeiterkonferenz, die den Kampf der arbeitenden Jugend organisieren soll und gelobt, alle Kräfte einzusetzen, um die Durchführung dieser Konferenz zu ermöglichen.

Der EZS spricht sie ihr größtes Mißtrauen aus und betont, daß sie als Organisation der arbeitenden Jugend keine Parteipolitik hat. Eine Organisation, die das Arbeitsdienstpflichtjahr unterkühlt, ist arbeiterfeindlich, ist konterrevolutionär und muß als Feind behandelt und bekämpft werden.

Der kommunistischen Jugend, die in allen Kämpfen trotz Spies und Gefahren bewiesen hat, daß sie die Interessen der Jugend vertritt, gelobt die Versammlung, mit ihr zu kämpfen bis die Existenz der Arbeiterklasse und ihrer Jugend niedergeschlagen sind und ist sich klar, daß nur die Diktatur des Proletariats die Rechte der Jugend garantiert.

Den politischen Gelangenen sendet sie ihre brüderlichen Grüße und wird alles einsehen, daß sie bald wieder in ihren Reihen kämpfen kann.

Schweidnitz, Einigkeit und Recht und Freiheit — das sind die Wahlsprüche der deutschen demokratischen Partei. In Schweidnitz lud die deutsche demokratische Partei die Wählerchaft zu einer öffentlichen Wahlversammlung ein, welcher Dr. Alfred Mann-Breslau referierte. Seine Ausführungen stellten lediglich fest, daß das deutsche Volk durch den Krieg in großes Unglück gerieten wurde, und daß nur die Demokratie es sein kann, die das deutsche Volk aus diesem Elend befreien kann. Er erzählte etwas von Kommunismus, indem er sagte, die Kommunisten wollen teilen, d. h. nach seiner Meinung, wenn einer 2 Ähren hat, dann muß er sie mit einem anderen teilen, und wenn der andere die Ähre befestigt und das Feld befruchtet hat, muß derjenige, der gepflügt hat, wieder teilen, damit der andere wieder säen kann. So eine dumme Behauptung des Kommunismus mußte natürlich Gelächter hervorrufen, da man annehmen mußte, daß Herr Mann als Leiter der Breslauer Volkshochschule sicher darüber informiert ist, was Kommunismus in Wirklichkeit ist, aber man bemüht diesen Schwundel, um eben den Wählern den Kommunismus gruselig machen und sie für die deutsche demokratische Partei einzunehmen. Er erzählte noch etwas vom 8. Stundentag, der das nicht schematisch durchgeführt werden, d. h. der Arbeiter kann ruhig auf Grund seiner letzten Arbeit 10-12 Stunden arbeiten und die besonders schwerer Arbeit leisten, den 8. Stundentag lassen. Welche Wege wir aber beschreiten sollen um aus unserer Not herauszukommen, sagte er nicht, sondern rief den Versammlungsteil-

nehmern zu, den Glauben an die Demokratie, an die Einigkeit und Recht und Freiheit nicht zu verlieren. Hinter ihm sprach der zweite Redner des Abends Herr Fabrikdirektor Schöde über die geleistete Arbeit im Stadtparlament, in dem er hervor hob, daß es immer gelungen war mit den Sozialdemokraten, Zentrum, Demokraten und Volkspartei auszukommen und daß auch die Verhandlungen zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer immer hübsch verliefen. Er wünschte, daß auch im neuen Stadtparlament so gearbeitet wird, damit die Arbeitslosen und auch die Arbeitenden auf der Straße vor Hunger umfallen können.

Es fand eine rege Diskussion statt, an der sich zuerst ein Halenfrenker beteiligte, der aber in seiner Schwärze, die er hielt, erkennen mußte, daß hier seine Meinungen auf nicht fruchtbaren Boden fielen. Als nächster sprach von der KP, der Genosse L., der die Demokratie fragte, wo sie mit ihrer demokratischen Einstellung vor dem Kriege waren, und auf die Not und den augenblicklichen Kampf der Bergarbeiter in Waldenburg einging. Besonders behandelte er die Jugendfrage, weil sie von dem Referenten ebenfalls mit herangezogen wurde und zeigte den Anwesenden auf, welche Gefahren nicht nur der arbeitenden Jugend durch das Arbeitsdienstpflichtjahr, sondern auch der erwachsenen Arbeiterchaft daraus erwachsen.

Es sprachen dann noch allerhand andere Parteien. Von uns sprach noch Genosse Sch., der in Ausführlichkeit die Illusionen zerstückte, die der Referent durch die Demokratie aufgebaut hatte. Besonders Herr Schöde ging er hart zu Gebote, in dem er sagte, er soll erst Demokratie in seinem Betriebe anwenden und seine Arbeiter nicht so schlecht behandeln, daß sie gezwungen sind, im Streikshopper zu über Nacht.

In vorgerückter Zeit erhielt der Referent das Schlußwort in dem er feststellen versuchte, daß die Diskussionen der Politik der Leidenschaft trieben, er aber Politik der Vernunft machen wollte.

Arbeiter, merkt euch das! seid vernünftig bis ihr verredet, das ist die Parole der deutschen demokratischen Partei.

Gibt am 4. Mai die richtige Antwort und wählt Kommunisten!

Peterswaldbau, Volksversammlung der KPD. Am 10. April berief die kommunistische Ortsgruppe Peterswaldbau eine öffentliche Volksversammlung ein. Sie hatte als Referentin die Genossin Rosi Wollstein gewonnen. Genosse K. eröffnete um 8 1/2 Uhr die gut besuchte Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt. Diese lautete: 1. Was wird die Zukunft der Arbeiterchaft bringen? 2. Freie Aussprache. Genossin Wollstein verhandelte in ihrem 1 1/2 stündigen Vortrag den anwesenden Proletariats das Elend vor Augen zu führen, und die Schuldfrage zu beantworten. Sie führte folgendes aus: Es hängt von der Arbeiterchaft ab, ob sie gewillt ist, dieses Elend zu befeitigen. Wenn der Wille vorhanden ist, dann wird sich die Millionemüllde auch durchbrechen. Sie gab ein Beispiel von Russland 1917 wo dieses geschehen war und die Arbeiter die Macht an sich gerissen haben. Dann ging die Referentin auf die KPD ein und zeigte den Anwesenden an Hand von Material, ihr verräterisches Schreiben von 1914 bis jetzt. Sie ging dann auf die Wahlen ein und sagte, daß der Stimmzettel uns nicht aus dem Elend heraus bringt. Die KPD, doch immer auf die Mehrheit im Parlament und Genossin Wollstein führte den Proletariats vor Augen wie das Parlament in der Praxis aussieht. Wo eine solche Mehrheit vorhanden war — Sachsen — und die Möglichkeit bestand richtige Arbeiterpolitik zu machen, da ging der Genosse Fritz Ebert gegen sie mit Machtwort vor und warf die Genossin ins Gefängnis. Ferner streifte sie die Rentenmark, Bayern und die bolschewistische Bewegung. Zum Schluß forderte sie die Anwesenden auf am 4. Mai den Kommunisten die Stimme zu geben und sagte ihnen, daß sie im Parlament ihr Heil nicht finden und nur als revolutionäre Tribüne benutzen. Die Zukunft wird sich nur dann Erfolg bringen, wenn ihr das kapitalistische

System befeitigt und den Sozialismus und Kommunismus aufrichtet. Das die Genossin Wollstein den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen, bewies der starke Beifall, den ihr die Versammlung zollte. In der freien Aussprache die Genossen K., J., M., N. und R. im Sinne der Referentin. Der Erfolg war einige Ausnahmen in die Partei und für die Presse. Um 11 Uhr schloß Genosse K. die gut besuchte Versammlung.

Agl. Neuborf, Eine kommunistische Volksversammlung auf Kosten der KPD. Am Sonnabend, den 13. April wurde hier von der KPD, Oppeln eine öffentliche Volksversammlung einberufen. Alle Kanonen wurden herangeschafft um der Neuborfer Arbeiterchaft das Heil vom Gemütszustand zu verhängen. Herr Studienrat Sandtke, Gewerkschaftsangehöriger Bomba, den die Fabrikarbeiter der Grundmannfabrik niemals gefunden haben, auch dann nicht als alle, die den 10 Stundentag nicht unterschrieben, gemahregelt auf die Straße flogen, der bekannte Abstimmungskünstler und Selbstschutzorganistator Cirrus und der verkappte Gewerkschaftler Gecke — alle kamen und mußten einen Reinfall erleben.

Herr Studienrat Sandtke hielt eine Referat, das geistig sehr minderwertig war, ganz besonders deswegen, weil er über Gewerkschaften sprechen wollte und nicht einmal wußte was Arbeitergemeinschaft ist. Referat endete mit einer Heß gegen Sowjet-Russland. Trotzdem der KPD-Genosse B. bereits im halben Referat seinen Diskussionszettel einreichte, ließ man den bekannten KPD-Genosse als ersten sprechen.

Als Diskussionsredner sprach der Genosse B. In seiner zweifelhafte Rede legte er den Marxismus klar, triftalisierte die Arbeiterpolitik die die KPD, betrieben hat und wies auf die Wege hin, die das Proletariat beschreiten muß, um zur politischen Macht zu gelangen. Die Größen der KPD, verpolitisierten unseren Redner am Sprechen zu verhindern. Aber die Neuborfer Arbeiter verlangten stürmisch sein Weiterreden, so daß die Größen stillbleiben mußten. Nachdem der Genosse B. geendet, forderte der Genosse W. die Versammlung auf, diesen KPD, die zehn Jahre die Interessen der Arbeiter mit Füßen getreten und verraten habe, die Quittung zu geben und geschlossen den Saal zu verlassen. Mit dem Gesang der Internationalen zogen die Proleten hinaus. Die KPD mußte ohne Schlußwort abziehen. Die Neuborfer Kommunisten freuten sich herzlich, daß sie wieder einmal eine Versammlung auf Kosten der KPD, abhalten konnten.

Die Werbetätigkeit unserer Genossen am 3. Tag

Ehrentafel:		Schwarzes Brett:	
Genosse, Ortsgruppe oder Betrieb	Neue Leser	Genosse, Ortsgruppe oder Betrieb	Neue Leser
Höflich, Breslau	5		
W. Müller, Breslau	5		
Betriebszelle Straßenbahn Breslau	7		
Betriebszelle L.G.S. Bresl.	8		
Klein-Schansch	10		
Mieschowitz	5		

Verantwortlich für den gesamten Text: Robert Schulz, Breslau, Inzerate: Max Schocher, Breslau. — Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien eGmbH, Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Stimmung Humor
Oberbayern
 Gartenstraße 65
 Täglich
Grosses Konzert
 Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Achtung! Gänger! Achtung!
 Die Übungsstunde des Männerchor „Cos“ der KPD, Ortsgruppe Breslau findet bestimmt Sonnabend, den 19. April, abends 7,30 Uhr im Lokal „Stadt Wien“, Malernaße, statt.
 Alle interessierten Genossen und sympathisierenden werden hiermit freundlichst eingeladen.

Extra-Angebot
 Sportwesten, reine Wolle 11.50
 Strickjaden, lang . . . 17.50
 Jumper, Kunstseide . . . 7.50
 Schlüpfer 1.65
Fleischer & Co.,
 G. m. b. H.
 Breslau, Teichstraße 23
 Telefon 1516

Karwoche
 Donnerstag, den 17. Freitag, den 18. und Sonnabend, den 19. April 1924
 Täglich 8 Uhr:
Große Wohltätigkeits-Konzerte
 zum Besten der Armen Breslaus im Rarmorhaus
 Friedrich-Wilhelm-Straße 35
 ausgeführt von dem bekannten
Russischen National-Balalaika-Orchester
 20 Künstler
 Leitung: Dirigent G. Jägermajoff
 Karten: 1,50 2,- 2,50 Mark.
 Vorverkauf bei Barock, Hammer, Gepp.
 Freitag, vormittags 11 Uhr und abends 7 Uhr:
Karfreitags-Konzert
 Um recht zahlreichen Besuch der Konzerte bittet
 Der Erwerbslosenrat Breslau.

Genossen
Staubend billig!
 Herren- und Knaben-Garderoben
 Berufsleider für alle Branchen
Keine Füllale!
 Fernruf R. 7541
Breslau I
Hast Du schon
Kupferschmiedestraße 16
 Vorzelger 5 Proz. Rabatt

Händler! Wiederverkäufer!
Preiswerte Strumpfwaren
 Visage-Socken, grau, 4,50 p. Dtz. an
 Kammwoll Socken, lamelliert, 7,-
 Kammwoll Socken, 6,75
 Damenstrümpf, baumwoll, Fior schwarz und leder, 6,50
 Damenstrümpf, la Macco verst. Hochseide und Doppelsohle, 11,75
 Franzstrümpf, deutschling 1a Qualität, schw. u. leder, 9,75
 Franzstrümpf, 11 gest. la Qualität, schw. u. leder, 10,-
 la Kammwoll-Südweste, schw. und grau, 8,50
 Strümpfen, schwarz und w. 1,90 p. Karton an
 la Maßzahl Nr. 90, schw. u. w. 200 m, 0,19 p. Holzrolle
 1000, 0,66
 Schwämmel, Merco, 100 x 120 cm, 6,- p. Hundert an.
 Musterbestellungen gegen Nachnahme oder Voreinsendg. des Betrages, im letzteren Falle porto- u. verpackungsfrei.
Strumpfhaus M. Friedmann
 Inh.: Martin Hanff
 Breslau, Goldene Radegasse 10
 Postcheckkonto Breslau 6590.

Beraminungs-Kalender.
 Breslau. Alle Parteigenossen, die in der Lage sind einen Delegierten für eine Nacht im Quartier zu nehmen, müssen ihre genaue Adresse bis spätestens Donnerstag, den 17. April an die Ortsleitung, Trebnitzer Str. 50, melden.
 — Donnerstag, 17. April, abends 7 Uhr, Versammlung des Bez. OSt. Frauenzweig, 173. Referent am Abend. Eämtliche Mitglieder haben zu erscheinen.
 — Donnerstag, den 17. April, vor der Referentenversammlung Fraktionsführung der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
 — Freitag, den 18. April, vorm. 10 Uhr, Bezirksversammlung. Es ist unbedingte Pflicht eines jeden Genossen zu erscheinen. Lokal Weinstraße 99. Zum guten Gelingen!
 — Unterbezirk Breslau. Treffpunkt für die Unterbezirkskonferenz am 18. April (Karfreitag) ist Schönewald.
 — Achtung! Alle im Verbands der ausgeschlossenen Bauarbeiter müssen sich unbedingt umgehend bei R. Kunzeck, Friedrich-Karl-Str. 42, melden.
 Freiburg. Genosse Fritz Müller, Berlin, spricht am Donnerstag, den 17. April, im Rudwalsaal über das Thema: Der 4. Mai und die deutsche Arbeiterchaft. Proletariat, löst am Ruf der KPD.
 Krausendorf. Freitag, den 18. April, abends 7 Uhr, im Gerichtshaus, Mitgliederversammlung.
 Landeshut. Donnerstag, den 17. April, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne“, Mitgliederversammlung. Ortsgruppe Legnitz. Am Donnerstag, den 17. April, findet im Großen Wintergarten eine öffentliche Versammlung statt. Thema: Halenfrenk oder Semjeter.
 Reichensdorf. Freitag, den 18. April, nachmittags 3 Uhr im „Burgfrieden“, Mitgliederversammlung.

Andere Organisationen
 Kl. Langenbielau. Karfreitag den 18. April, vormittags 9 Uhr, Mitgliederversammlung. Alle Mitglieder haben zeitlos zu erscheinen. Genosse Woll wird sprechen über die Aufgaben und Pflichten der Betriebszelle. Alle Genossen müssen bis Freitag den Beitrag gezahlt haben. Donnerstag, den 24. April, öffentliche Jugendversammlung.
 Kl. Unterbezirk Waldenburg. Karwoche vom 16. April bis 23. April. Jede Ortsgruppe wechelt in dieser Zeit für die „Sch. A.“ und den Kampf gegen die kommunistischen Jugend. Rüst die Oberwanderung zur Reizton aus, ebenso die Jugendorganisationen.
 Alle Genossen der Betriebszelle sind sofort an die KPD zu melden. Die Ortsgruppen Lausitz, Freiburg und Kaufung werden ersucht, sofort die letzten Mandatschriften der 1923 zu beantragen. Rüstet zur Konferenz der arbeitenden Jugend am Sonntag, den 18. Mai.
 Kl. Müstegsdorf. Sonntag, den 20. April, Mitgliederversammlung. Ein Genosse wird sprechen über: Was bedeutet der 4. Mai für die arbeitende Jugend? Alle Genossen, auch die Betriebszelle, sollen zu erscheinen.
 Kl. Peterswaldbau. Karfreitag den 18. April, nachmittags 2 Uhr, Mitgliederversammlung. Alle Mitglieder haben zeitlos zu erscheinen. Genosse Woll spricht über die politische Lage und unsere Aufgaben. Treffpunkt den 23. April, öffentliche Jugendversammlung.
 Kl. Müstegsdorf. Sonnabend, den 19. April, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung. Genosse Woll spricht über die politische Lage und unsere Aufgaben. Erscheint alle Genossen im Pflicht.

Wohlfeile Angebote
 Oberhemden, pr. Qualität 11,50, 12,50 7,50
 Sportwesten, bester und weis, 1,50, 1,75, 1,95 4,95
 Nachhemden, div. Anordnungen 1,50, 1,75 6,75
 Kammwoll- und Kammwoll-Strümpfen 2,75 an
 Damen-Wäsche, Kammwoll-Schleierhüte und Jacke 28,-
 Strick- und Kammwoll-Jacke 7,50, 11,50, 15,- 9,50
 Sport-Hemden (Kammwoll) 5-11 Jahre von 2,75 an
 Damen-Hemden in Strick 1,50, 1,75, 1,95 2,25
 Frauen-Wäsche, eleg. Anord. 1,50, 1,75, 1,95 5,25
 Nachhemden, reichl. gest. 1,50, 1,75, 1,95 4,95
 Schürhosen, Seide, Kunstseide, Malt. 2,50, 3,50, 4,50 1,50
 Jumper-Seide, eleg. Anord. 11,50, 13,50, 15,50 14,50
 Sweater, gestrickte Knaben-Anzüge und Kleider 1,50
 Kinder-Schürzen schwarz und blau
 Damen- und Kinder-Strümpfen, Seide, Fior und Malt. 1,50
 Baby-Wäsche aller Art
 Tragehöschen, Windeln etc.
 Bettwäsche, sehr preiswert
 Handtücher . . . von 0,95 an
 Tischdecken, best. von 2,50 an
 Stautücher . . . 0,30 = 0,82

Rudolf Hauschner Nachf. Max Sacher
 Bitte auf meine Firma zu achten. **Breslau Nikolaistraße 16/17**
 Bitte auf meine Firma zu achten. **Verband gegen Nachnahme.**
Jede Hausfrau spart, wenn sie den Einkauf zu ihrem Waschtage vorher im
Seifenhaus Lachmann
 Beuthen O.-S., Lange Straße Nr. 42, Ecke Klosterstraße, besorgt

Die Exekutive der K. an den Parteitag der KPD.

III. Die Eroberung der Mehrheit.

Die Aufgabe der Eroberung der Mehrheit im Proletariat und die Hingabe auf ihre Seite möglichst breiter Schichten von Mittläufern des Proletariats aus dem städtischen Kleinbürgertum und dem Bauerntum stellt noch immer eine grundlegende Aufgabe der Partei dar.

In der vergangenen Kampagne um Schlageter gab es viel Ueberflüssiges. Den Nihilismus in der nationalen Frage können wir aber nicht zulassen.

Wir haben kein Recht, selbst auf eine Minute zu vergessen, daß sehr — sehr bedeutende Schichten des deutschen Proletariats sich noch immer unter dem Einfluß des Merkantilismus befinden. Ihre Reihe umgruppierend, muß die Partei verstehen, ihre Arbeit so zu führen, daß sie die Arbeiter für den Kommunismus gewinnt.

Es gibt und kann auch nichts Gefährlicheres für eine revolutionäre Partei in der Periode der Windstille geben, als die Unterschätzung der Aufgaben und die Eroberung der Mehrheit. Diese Aufgabe ist noch nicht gelöst.

Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir auch an die Frage über die Gewerkschaften herantreten. Zum Zwecke der Eroberung der Mehrheit in der Arbeiterklasse sind wir verpflichtet, die Einheit der Gewerkschaft zu wahren und immer im Auge zu behalten, daß der kleinste leichtsinnige Schritt auf diesem Gebiet der Partei den Kopf kosten kann.

IV. Die Arbeit der Partei unter den nichtproletarischen Bevölkerungsschichten.

Die Partei, welche die Hegemonie der revolutionären Bewegung beansprucht, die Partei, welche die Eroberung der Macht im Staate und die Umwandlung der bürgerlichen Republik in die Räterepublik beabsichtigt, diese Partei muß auch unter den nichtproletarischen Schichten der Bevölkerung vorbereitende Arbeit leisten. Die Arbeiterklasse und ihre Partei können nicht nur mit Worten, sondern in der Tat die Diktatur des Proletariats nur dann verwirklichen, wenn sie fähig sind, den Teil des kleinen und mittleren Bürgertums in den Städten und auf dem Lande zu neutralisieren und den anderen Teil auf ihre Seite hinüberzuziehen.

V. Die Taktik der Einheitsfront und die Uebergangspartolen.

Das Wichtigste, was das E. K. der K. J. hierüber zu sagen hätte, ist schon in den Januar-Thesen der Moskauer Beratung, festgelegt. An den Januar-Beratungen des E. K. der K. J. mit den hervorragendsten Vertretern der deutschen Linken haben wir die Einheitsfronttaktik als Methode unserer Agitation, als Methode zur Organisation und Mobilisierung der Massen für eine ganze Zeitperiode bestimmt.

Wenn unter der Einheitsfronttaktik diejenigen opportunistischen Fehler verstanden werden, welche unlängst in Sachen begangen worden sind, so ist nur selbstverständlich, daß wir gegen eine derartige Einheitsfronttaktik sind. Nur hat bisher zum Glück noch niemand aus der Tatsache, daß bei der Ausnützung, sagen wir, des revolutionären Parlamentarismus in einem oder dem anderen Lande opportunistische Fehler zugelassen wurden, die Folgerung gezogen, daß die Taktik der Ausnützung des revolutionären Parlamentarismus überhaupt unrichtig ist und daß an den Reichstagswahlen die Partei sich nicht beteiligen soll.

Die Kommintern wird in keinem Falle auf die weitere Anwendung der Einheitsfronttaktik im internationalen Maßstabe nur deshalb verzichten, weil in Sachen diese oder jene großen opportunistischen Fehler gemacht wurden.

Jetzt ist schon völlig klar, daß die Einheitsfronttaktik im besonderen in jedem einzelnen Lande an diejenige Stufe der

Entwicklung modifiziert zu wissen werden muß, welche die Arbeiterbewegung im gegebenen Lande erreicht hat. In Deutschland haben wir voll und ganz die Notwendigkeit der Anwendung der Einheitsfronttaktik nur von unten her erreicht, d. h. wir können auf die Verhandlungen mit den offiziellen Führern der Sozialdemokratie verzichten. Die Durchführung der Einheitsfronttaktik von unten her muß aber ehrlich, folgerichtig und bis zur letzten Konsequenz angenommen werden.

Es ist ebenso notwendig, bezüglich der Frage über die Teilforderungen und Uebergangspartolen völlige Klarheit zu schaffen. Die russischen Bolschewiki haben um die Frage der Teilforderungen und Uebergangspartolen mit den Menschewiki mehr als 10 Jahre lang den Kampf geführt. Was war die Stellungnahme der Bolschewiki? Sie traten nie gegen die Teilforderungen und Uebergangspartolen überhaupt auf. Die Bolschewiki selbst haben diese Teilforderungen und Uebergangspartolen aufgestellt. Die Bolschewiki unterschieden sich von den Menschewiki nicht dadurch, daß die Menschewiki für die Teilforderungen und Uebergangspartolen, und die Bolschewiki gegen dieselben eintraten. Nein, die Bolschewiki unterschieden sich von den Menschewiki dadurch, daß sie, die Bolschewiki, für die Vorbereitung der proletarischen Revolution und die Menschewiki gegen dieselbe eintraten.

Die KPD. kann sich selbstverständlich nicht auf den Standpunkt der glatten Ablehnung der Teilforderungen und Uebergangspartolen stellen. Die KPD. kann nicht, das versteht sich von selbst, auf den Kampf für den Achtstundentag verzichten. Zwischen den wirtschaftlichen Teilforderungen und den politischen Uebergangspartolen besteht kein grundsätzlicher Unterschied, wenn wir nur verstehen, jede Uebergangspartole in wahrhaft enger organischer Verbindung mit der revolutionären Aktion, für die Diktatur des Proletariats, den Massen zu unterbreiten.

VI. Die organisatorischen Fragen.

Wir sind gezwungen, zu konstatieren, daß die KPD. bisher noch immer nicht auf der Grundlage der kommunistischen Zellen in den Betrieben selbst aufgebaut ist. In der organisatorischen Frage, wie auch in vielen anderen Fragen sollen wir noch reichlich den sozialdemokratischen Traditionen.

Indessen kann von der Schaffung einer ersten revolutionären proletarischen Partei, welche die Macht aus der Hand der Bourgeoisie reißen könnte, keine Rede sein, solange diese Partei nicht auf der Grundlage der kommunistischen Zellen aufgebaut ist, welche in den Fabriken und Betrieben selbst verankert sind. Die kommunistische Internationale findet, daß es höchste Zeit ist, auch auf diesem Gebiet von den Worten zu den Taten überzugehen. Der Reichsparteitag muß einen Termin und zwar einen kurzen Termin festsetzen, im Laufe dessen die Reorganisation auf den hier angegebenen Grundlagen überall durchgeführt werden muß. Ohne diese Voraussetzung, wiederholen wir, ist es lächerlich, von der Eroberung der Macht durch das deutsche Proletariat zu reden. Eine derartige Reorganisation der Partei ist keine einfach organisatorische Aufgabe, dies ist keine Frage der organisatorischen Technik, dies ist eine politische Frage ersten Ranges. Die Lösung dieser Frage entscheidet darüber, ob die KPD. eine Maschine für Parlamentswahlen, wie es bei der Sozialdemokratie der Fall ist, wird, oder ob sie eine Organisation wird, welche fähig ist, die Millionen von Arbeitermassen in den Betrieben und Fabriken zu führen.

Es ist notwendig, daß der Parteitag beschließt, daß der illegale Apparat der Partei bewahrt und vervollkommen werden soll. Auf keinen Fall dürfen wir uns darauf verlassen, daß die gegenwärtige „Legalität“ eine langdauernde wird. Im Gegenteil, wir müssen uns mit Bestimmtheit darauf einstellen, daß die Partei noch mehr wie einmal in die Illegalität getrieben wird. Gerade die Periode der jetzigen Atempause müssen wir dazu ausnützen, um einen kräftigen illegalen Apparat nicht nur auf dem Papier, sondern auch in Wirklichkeit zu schaffen, welcher unter allen Umständen fähig ist, auch über die weitere Bewaffnung der Arbeiter ernst zu sprechen.

VII. Die Bewegung der Arbeiter, die Schichten.

Die Bewegung der Arbeiter bleibt die wichtigste Aufgabe der Partei. Die vergangene Periode hat uns auf diesem Gebiet einige Erbenschaften hinterlassen. Jedoch das, was bisher gemacht wurde, ist nur ein Tropfen ins Meer. Das Streben der deutschen Arbeiter zur Bewegung ist vorhanden. Eine der wichtigsten Aufgaben der Partei muß es sein, dieses Streben zu befriedigen. Ohne überflüssigen Lärm in sachlicher Weise muß die Partei diese Aufgabe fördern. Kräfte und Mittel nicht schonend.

Die Partei muß jetzt verstehen, an der Erstattung der Roten Schichten zu arbeiten, und zwar an solchen, die nur aus Parteimitgliedern bestehen und auch an solchen, an denen auch andere revolutionäre Arbeiter teilnehmen. Die Partei muß ein für alle mal begreifen, daß die Roten Schichten nicht auf die Beine gebracht werden können, wenn wir sie nur als eine Organisation auffassen, welche lediglich zur Zeit der revolutionären Feiern, d. h. in den Momenten von allgemeinem Streiks usw. erscheinen. Es ist unbedingt notwendig, den deutschen Arbeitern den Gedanken beizubringen, daß die Roten Schichten auch im alltäglichen Kampfe nötig sind. Nur in dem Falle, wenn wir die Roten Schichten an den Gedanken gewöhnen, daß sie die Demonstration der Arbeiter vor den Angriffen der Polizei schützen, die hervorragendsten Kämpfer von den Verhaftungen verteidigen, diese oder jene Uebertreter zum Zwecke der Bewegung der Arbeiter usw. unternehmen, nur so können die Roten Schichten

unter der Arbeiterklasse feste Wurzeln fassen. Die Roten Schichten müssen in der Tiefe der Arbeiter selbst, in den Betrieben und Fabriken verankert werden. In diesem Falle werden sie auch für die bürgerlichen Behörden unantastbar.

VIII. Die Lage innerhalb der Partei.

Die KPD. macht jetzt die ernsteste Umgruppierung der Kräfte in Bruderkämpfen innerhalb der Partei nicht vergeudet. Sie strebt, eine wahrhaft bolschewistische Partei zu sein. Die rechten Gefahren innerhalb der Partei sind überwunden, obwohl es keinem Zweifel unterliegt, daß die rechten Gefahren noch immer vorhanden. Diesen Gefahren kann und muß jetzt die KPD. der und für die ganze Kommintern werden. In Uebergangszeiten zwischen zwei Revolutionen — und eine solche Periode lebt gegenwärtig das deutsche Proletariat durch — bedroht die proletarische Partei vor allem zweifache Gefahren: einerseits die rechten opportunistischen Abweichungen und andererseits die „linken“ Phrasen. Die Ungläubigkeit an der Revolution bedingt einen, der Versuch, mittels linker Phrasen die in der Wirklichkeit vorhandenen Schwierigkeiten des proletarischen Kampfes zu umgehen, bei der anderen, sind die zwei größten Gefahren. Der Bolschewismus in Rußland hat bei analogen Verhältnissen gegen beide Abweichungen gekämpft und nur im Kampfe gegen diese beiden Abweichungen hat sich der russische Bolschewismus gestählt und wurde zu der Partei, die wir alle jetzt kennen.

Der Sieg des linken Flügels der KPD. hat eine ungeheure Bedeutung für das Schicksal der deutschen Revolution. Dieser Sieg stellt zweifellos eine Widerspiegelung von tiefgehenden Prozessen dar, welche in der Arbeiterklasse oder jedenfalls in ihrer Avantgarde vor sich gehen. Dieser Sieg signalisiert die wachsende Bereitschaft zum Kampf bei den fortgeschrittensten Schichten der Arbeiterklasse Deutschlands. Dieser Sieg legt Zeugnis von der beginnenden Radikalisierung unter bedeutenden Schichten des Proletariats ab. Aber wehe uns, wenn wir diese Symptome überschätzen würden, wenn wir das Gewünschte als schon Vorhandenes erachten würden. Wenn wir annehmen würden, daß die Mehrheit des deutschen Proletariats schon jetzt bereit ist, unter der Führung des linken Flügels der KPD. sich in den Kampf zu stürzen. Das ist noch nicht der Fall. Arbeiten, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Hauptaufgabe der Partei.

Die schwere Krise, die jetzt die KPD. gegenwärtig durchlebt, kann zum Ausgangspunkt der Wiedergeburt und der Erstarbung der Partei werden. Die Partei kann jetzt auf der breiten Bahn der Revolution vorwärts marschieren. Die Partei kann sich jetzt endlich von den opportunistischen Fehlern befreien, und eine feste kommunistische Position der Stellung gegenüber der rechten und „linken“ Führer der deutschen Sozialdemokratie einnehmen. Wir müssen endlich eine solche Lage schaffen, wobei das deutsche Proletariat daran glaubt, daß die KPD. es nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat zu revolutionären Kämpfen und zwar nicht nur zu heldenhaften Niederlagen, wie im Januar 1919 und im Jahre 1921, sondern auch zum entscheidenden Sieg über die Bourgeoisie führt. Dieser Glaube war bei den deutschen Proletariern bisher nicht vorhanden. Diesen Glauben kann und muß jetzt die KPD. der Arbeiterklasse einflößen.

Die Hauptaufgabe der Partei besteht darin, die Existenz von einzelnen Fraktionen innerhalb der Partei und dem Kampfe dieser Fraktionen untereinander ein Ende zu bereiten. Wir müssen endlich eine Partei schaffen, welche hundert Prozent ihrer Kräfte zum Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Agenten, die Sozialdemokraten, verwendet, und welche ihre Kräfte in Bruderkämpfen innerhalb der Partei nichts vergeudet. Die siegreiche Mehrheit muß verstehen, eine Reihe von klugen politischen und organisatorischen Schritten zu machen, welche der neuen Mehrheit ermöglichen, ein neues Regime in der Partei zu schaffen, alle wertvollen Kräfte auszunützen, unabhängig davon, welchem Lager die früher angehört und auf Grund einer festen, standhaften, revolutionär-kommunistischen Linie der Partei zur Erfüllung der vor ihr stehenden großen historischen Aufgaben zu führen.

Eure letzte Tagung des Zentralkomitees hat vollständig richtig erklärt, daß die Aufgaben der europäischen kommunistischen Parteien nicht darin bestehen, daß sie die Entbolschewisierung der KPD. fördern, sondern im Gegenteil darin, daß sie an der Bolschewisierung der westeuropäischen kommunistischen Parteien arbeiten. Das ist wunderbarerweise gesagt. Wir sind fest überzeugt, daß Euer Parteitag auch in dieser Beziehung einen mächtigen Schritt vorwärts machen wird. Die Einheit — eine wahrhaft, fest proletarische Einheit, keine nur äußerlich geeigte, papierene, sondern ehrliche, bolschewistische Einheit — koste es, was es wolle, muß durch Euren Parteitag geschaffen werden. Heran an die Massen, und noch einmal, heran

Träger mitgeben oder in den Briefkasten werfen

Postamt

an die Massen: Dieses hat uns unser entschlafener Genosse Lenin gelehrt. Der Parteitag muß die Masse der Parteimitglieder und alle Anhänger der kommunistischen Partei unter den proletarischen Massen mit unendlicher Hingabe an die Sache der proletarischen Revolution erfüllen. Der Reichsparteitag muß den Arbeitern den Glauben daran einflößen, daß die proletarische Partei, ohne eine Minute zu verzögern, sich zu den großen bevorstehenden Kämpfen vorbereiten. Der Reichsparteitag muß eine feste revolutionäre Parteileitung schaffen. Der Reichsparteitag muß zeigen, daß die KPD, eine der würdigsten Sektionen der kommunistischen Internationale ist.

Die kommunistische Internationale wird ihrerseits alles tun, was von ihr abhängt, daß sie der kommunistischen Bruderpartei Deutschlands in der Führung der vor ihr stehenden großen historischen Aufgaben Hilfe leistet.

Hoch die proletarische Revolution in Deutschland! Hoch die Diktatur des Proletariats in der deutschen Arbeiterrepublik! Hoch die KPD!

Moskau, den 26. März 1924.

E. K. der K. Z.

Sinowjew, Vorsitzender.

Aus der Partei.

Der VI. Erzgebirge-Vogtland zum Parteitag.

Am 13. April tagte der Bezirksausschuß Erzgebirge-Vogtland. Nach einem Bericht über den Parteitag und einer eingehenden Aussprache ist folgende Resolution mit 26 gegen 8 Stimmen angenommen worden:

Der Bezirksausschuß von Erzgebirge-Vogtland stellt fest: Der 9. Reichsparteitag der KPD hat im wesentlichen die politische Plattform der Parteiminderheit übernommen:

1. In der politischen Perspektive, wo die Theorie der Verknüpfung von bedeutenden Teilen der Parteimehrheit vertreten und im Referat von der Referentin noch aufrechterhalten wurde, liegt der Standpunkt der Parteiminderheit, die an der Hand einer Analyse der nationalen und internationalen Lage bewiesen hat, daß ungeachtet zeitweiliger Berlangsamung die Partei ihre Sankt auf eine steigende Welle der Revolution einstellen muß.

2. In der Gewerkschaftsfrage gab die Parteimehrheit die Resolution des letzten Berliner Parteitag und der Berliner Funktionärerversammlung preis. Der Parteitag sprach sich unabweislich gegen eine Spaltung der Gewerkschaften aus, die im gegenwärtigen Moment nichts anderes bedeuten würde, als die konterrevolutionären Mächte der Gewerkschaftsbürokratie zur Verwandelung der Gewerkschaften in gelbe Verbände und Streikbrecherzergarden zu erleichtern.

3. In der Frage der Sankt mußte die Parteimehrheit den Sach preisgeben, mit dem sie den Parteitag vorbereitet hat, daß die Einheitsfrontpolitik die Quelle des Opportunismus sei. Vor der KPD steht nach wie vor die Aufgabe der Eroberung der Mehrheit und die Organisation der Revolution.

4. Die Parteimehrheit mußte zugeben, daß in ihrer Mitte sich KPD-typische, antisowjetische Tendenzen bemerkbar machen (Gruppe Kolenberg, Finf, Samolsch, Roter Kurier).

5. In der Umkehrung der Partei auf Betriebsstellen wurde ebenfalls der Standpunkt der Parteiminderheit anerkannt. Dabei ist die Organisation der Revolution und der in diesem Zusammenhang stehende Organisationsaufbau, nach Auffassung des B.-A. nicht genügend behandelt worden. Die Haltung der Mehrheit des Parteitag, die es ablehnte, über diese wichtige und brennende Frage Referat und Diskussion stattfinden zu lassen, mißbilligt der B.-A.

Der Bezirksausschuß begrüßt, daß sich der Parteitag auf den Boden der Einheitsfront vom Bezirk Erzgebirge-Vogtland verteidigen Plattform gestellt hat, wie er auch festhält, daß die rechten Abweichungen der Partei durch den gemeinsamen Kampf der Parteimehrheit und -Minderheit überwunden wurden.

Der B.-A. muß arbeitsbereit erklären, daß trotz der Annahme der politischen Plattform der Parteiminderheit durch die Partei, die die Partei in der Zukunft der Parteimehrheit diese Plattform ebensolange verleiht, wie sie bisher die gemeinsame getroffenen Vereinbarungen der letzten Moskauer Konferenz in allen Punkten preisgegeben hat. Viele Gefahr ist uns so naheliegender, als die Vertreter der Parteimehrheit schon auf dem Parteitag gerade die Gruppe, deren politische Plattform sie übernommen hat, in allen organisatorischen Fragen vergeblich.

1. Die neue Zentrale wurde gegen den Willen der Parteimehrheit gewählt.

2. Gegen den Willen der Parteimehrheit in Moskau sind die Vereinbarungen in der Zentrale gegen den Willen der Parteimehrheit wie gegen den Willen der Parteiminderheit geworden. Die von der Parteimehrheit aufgestellten Kandidaten wurden abgelehnt.

3. Die Vorschläge des Gaus Erzgebirge-Vogtland wurden abgelehnt. Selbst ihre Begründung durch die Delegierten ist unzureichend worden.

4. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen.

5. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen.

6. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen.

7. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen.

8. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen.

9. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen.

10. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen.

11. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen.

12. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen.

13. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen.

14. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen.

15. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen.

16. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen.

17. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen.

18. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen. Die neue Zentrale beginnt mit politischen Maßnahmen.

Die Tagesordnung des 5. Weltkongresses der KPD.

Nach einem Telegramm aus Moskau lautet die vorläufige Tagesordnung des 5. Weltkongresses der kommunistischen Internationale wie folgt:

1. Lenin und die Komintern.

Ueber die Grundlagen und die Propaganda des Leninismus. Referenten werden durch das ZK. folgender Parteien bestimmt: Rußland, Deutschland, Frankreich, Indien und Bulgarien.)

2. Die wirtschaftliche Weltlage. (Berichterstatter: Wurga.)

3. Bericht über die Tätigkeit und die Sankt der kommunistischen Internationale. (Berichterstatter: Sinowjew, eventuell Korreferenten von den Sektionen.)

4. Programmfrage. (Berichterstatter: Buchartn, Thalheimer und nötigenfalls ein dritter Genosse, der durch die Programmkommission bestimmt wird.)

5. Gewerkschaftsakt.

6. Nationalfragen:

a. Die Stellungnahme der kommunistischen Parteien in der Nationalfrage. (Rußland, Polen, Tschechoslowakei, Baltikum). Referenten: Stalin und ein polnischer, tschechischer und jugoslawischer Genosse.

b. Die revolutionäre Bewegung im Osten und in den Kolonien (Indien usw.). Referenten: Katayama, Koh und andere.

c. Die Negerfrage: Referenten werden durch die französische und amerikanische Partei bestimmt.

7. Organisationsfragen:

a. Der organisatorische Aufbau der Parteien (Betriebszellen usw.)

b. Statuten der KPD.

c. Die Arbeit der KPD unter den Frauen.

d. Illegale Arbeit.

e. Die Arbeit in der France. Berichterstatter: Blatnikh, Mikhelitsch-Kapsulas und ein deutscher Genosse.

8. Die Propagandearbeit.

9. Der Faschismus. Referenten: je ein italienischer und ein deutscher Genosse.

10. Die Intellektuellenfrage. Referenten: Zeffin, ein französischer Genosse und ein Vertreter der Kolonien.

11. Die Bauerninternationale.

12. Jugendbewegung.

13. Internationale Rote Hilfe.

14. Die Fragen der einzelnen Sektionen.

a. Rußland,

b. Deutschland,

c. Italien,

d. Bulgarien,

e. England,

f. Vereinigte Staaten Amerikas,

g. Japan.

Referenten und coll. Korreferenten werden durch die Sprechenden Sektionen bestimmt.

15. Genossenschaftsfrage.

16. Wahl der Exekutive und des Vorsitzenden der Komintern.

Gewerkschaft.

Aus der Damensektion.

Es gibt in der deutschen Republik eigentlich nur drei Orte, wo Damensektionen in großen Mengen hergestellt wird. Breslau ist nächst Berlin der zweitgrößte Ort. Für die Fabrikanten ist dieser Beruf sehr lohnend. Sie lassen ihre Ware zum überhöhen Preis in der Handarbeit anfertigen und diese geht als erste in die Hände der Meister, welche mit etwa 500 in Breslau in Betracht kommen. Rechnet man für jeden Meister im Durchschnitt 10 Arbeiterinnen, so kam man sich einen Begriff von der Ausdehnung dieser Konzeption machen. Am unlohnendsten ist das Geschäft für die Arbeiterinnen. Einmal bestehen sehr niedrige Löhne, dann aber kommt andererseits eine Beschäftigung von fünf Monaten im Jahre in Betracht. Bis zum November 1923 wird für alle Arbeiterinnen und Meister ein bestimmter Lohnsatz vorgeschrieben. Wenn auch der Tarif nicht auf der Höhe stand, so hatten doch alle Arbeiterinnen die Gewähr fester Lohnsätze. Das ist mittlerweile anders geworden. Durch die Tariflosigkeit und Entschlossenheit des alten Verbandes hat man den Arbeiterinnen den Tarifvertrag entzogen können. Das es heißt, tariflos zu arbeiten, kann nur derjenige ermaßen, welcher selbst daran angewiesen ist. Hier sind der Ausbeutung überhaupt keine Schranken mehr gesetzt. Bei jedem Stück Arbeit muß man den Lohn mit dem Fabrikanten geeilt werden. Hier spielen sich täglich die erbittertesten Kämpfe ab, in welchen aber die Fabrikanten größtenteils Sieger bleiben. Auf diese Weise werden auch in dieser Branche ungeheure Gewinne erzielt. Es ist deshalb die höchste Zeit, daß die Arbeiterinnen aufwachen und den Kampf geschlossen und einzig gegen die Fabrikanten führen. Kommt es zur Winterpause so können Tarifverträge, werden wir ein blaues Wunder erleben. Schritt für Schritt werden die Löhne weiter heruntergedrückt, wenn die Arbeiterinnen sich nicht aufreissen. Deshalb müssen alle Kolleginnen aus der Reserve herausschreiten, rücksichtslos die Bedingungen stellen und die Durchführung der Beschlüsse unter allen Umständen bis zum endgültigen Siege führen.

Am Dienstag, den 15. April, abends 7.30 Uhr, findet im „Bürgergarten“, Salzschtrasse, eine öffentliche Versammlung statt, auf welche alle Heim- und Werkstättenarbeiterinnen nachdrücklich hingewiesen werden.

Der Kampf in der Damensektion wird angeregt.

Inzwischen hat die Meisterorganisation zur Lage Stellung genommen. Am 7. April wurde folgende Entschloßung einstimmig angenommen. Die im „Bürgergarten“ tagende ordentliche Mitgliederversammlung des Meisterverbandes der Breslauer Damenorganisation erkläre in dem, während der tariflosen Zeit sich herausgebildeten Zustand, eine für die nächste Winterpause nicht mehr haltbare Lage. Sie beauftragt den Vorstand, möglichst beim Verein Breslauer Damen- und Mädchenunterstützungen vorstellig zu werden und die Schaffung eines Tarifvertrages am 1. Mai zu beantragen.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß, falls der Fabrikantenverband einen Tarifvertrag ablehnt, alle dem Meisterverband angeschlossene Mitglieder ihre Betriebe Anfang Mai zu verlassen haben und auch Winterpause schon im Monat April zur Abhaltung eines Tarifvertrages nicht gefertigt werden dürfen.

Diese Entschloßung ist dem Verein der Breslauer Damen- und Mädchenunterstützungen als auch allen in Betracht kommenden Arbeiterinnenverbänden zu übersmitteln. B.

Berichtigung.

Wir danken der Sankt „Bergstadt“ für ihre Anmerkungen. Es sind am 2. und 28. und 28. und 18. wachts tatsächlich nur 219 und nicht 218. Nur ein neues Geld konnte annehmen, daß hier ein Fehler vorliegt, vorzugsweise und nicht ein einfacher Druckfehler. Richtigerweise ist 219 mehr als 118.

219 Stimmen erhielt die Opposition.

118 Stimmen erhielt die Referenten.

Also konnten wir mit vollem Recht nicht bloß von einem großen, sondern auch von einem glänzenden Siege der Opposition bei den Wahlen zum Verbandstage des BKA im Wahlkreis Arbeiter hören.

Wüstegiersdorf. Berufs- oder Industriekongress. Band? Mit dieser Frage beschäftigte sich eine auf Drängen der Kommunisten vom Ortskomitee einberufene öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Die K.-F. Fraktion hatte einen Denksatz beauftragt, der an der Weimarer Konferenz teilgenommen hat, hier das Referat zu übernehmen; leider war dieser im letzten Moment verhindert und an seiner Stelle war Genosse B. erschienen. In dieser Versammlung waren drei Angestellte der freien Gewerkschaft anwesend, die es aber ablehnten, zu sprechen, da B. ein Antikommunist sei und sie sich nicht mit einem derartigen Menschen über diese Fragen auseinandersetzen wollen. W. in an n vom BKA, versuchte nun unseren Genossen B. zu beeinflussen, den Genossen B. nicht sprechen zu lassen. Dann fragte man B. und dieser stellte die Frage in die Hände der Versammlungsteilnehmer. W. in an n erklärte dann unseren Genossen B., daß er ihn, wenn er weiter so handelt, aus der Gewerkschaft ausschließen werde. Als die Versammlung nun so fast eine Stunde gewartet hatten, erklärte der reformistische Versammlungsleiter, daß die Versammlung nicht stattfinden kann, da man sich mit einem Kommunisten, der Antikommunist ist, nicht auseinandersetzen will. Der Genosse B. sprang in die Breite und erklärte den Besuchern, daß die Versammlung jetzt

durch die Opposition

eröffnet werde und Genosse B. das Referat über den Industriekongress übernehmen werde. W. in an n vertiefte nun mit vier treuen Schwestern den Saal, um so den gefährlichen Gegnern seine Rechenschaft abgeben zu brauchen. Genosse B. legte in einem einhändigen Referat zwei und drei des Industriekongresses dar. Es fand eine kurze Diskussion statt, in der sich alle gelobten, alles für den Industriekongress einzusetzen.

Die Wüstegiersdorfer Arbeiter haben nun den Herrn in Waldenburg gezeigt, wer noch hinter ihnen steht. Den Kollegen empfehlen wir, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, mit oder gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie. KPD., Wüstegiersdorf.

Breslau.

Es geht los!

Mit der Bitte um Berücksichtigung erhalten wir vom Magistrat nachstehende Zeilen:

Die amtliche Berliner Butternotierungskommission hat den Erzeugerpreis für erstklassige Molkebutter am 12. April 1924 neu auf 1,60 Goldmark festgesetzt. Der Breslauer Kleinhandelspreis für Molkebutter beträgt daher höchstens 2,08 Oml.

Da der Erzeugerpreis für Landbutter je nach Güte 10 bis 15 b. S. unter dem Erzeugerpreis für Molkebutter liegt, darf er 1,36 bis 1,44 Oml. nicht übersteigen. Unser Sinngerechtes der angemessenen Handelsaufschläge ergibt sich ein Zwischendändlerpreis von 1,50 bis 1,58 Oml. und ein Breslauer Kleinhandelspreis für Landbutter von 1,64 bis 1,72 Goldmark je Pfund.

Erst vor vier Tagen, am 8. April, wurde der Preis der Molkebutter durch die Berliner Butternotierungskommission auf 1,50 Goldmark festgesetzt, infolgedessen der Kleinhandelspreis für Landbutter 1,55 bis 1,62 Goldmark betrug.

Das Anziehen der Preise scheint uns eine Neuauflage der September-Oktoberlage zu bringen.

„Mutter und Säugling.“

Das Wohlfahrtskomitee der Stadt Breslau, veranstaltet in Gemeinschaft mit den entsprechenden Verbänden in Oßlich und Grünberg Ende Mai—Anfang Juni eine Ausstellung unter dem Titel „Mutter und Säugling“. Die Ausstellung wird in zehn Gruppen gegliedert, einen tiefen Einblick gewähren in all die vielen Fragen, die mit der Mutter, der Entwicklung, der Krankheiten und der Pflege des Säuglings sowie mit der Säuglingssterblichkeit und der Säuglingsfürsorge zusammenhängen. Regelmäßige und außerordentliche Führungen werden den Eindruck des Gesehenen verstärken. Mutterlücke werden Frauen und Jungfrauen das zur Pflege von Mutter und Kind notwendige Wissen an der Hand praktischer Beispiele lehren. Dank gütiger Zugaben erster Kliniker werden daneben Sonderporträge für die Besucher der Ausstellung stattfinden können.

Wenn auch vielen Arbeitern bei den bestehenden Hungerlöhnen, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sehr oft das Geld für die unentbehrliche Milch fehlt, und durch Veranstaltung der Ausstellung an diesen Zuständen nichts geändert werden kann, so darf der Besuch der Ausstellung doch nicht abgelehnt werden. Unsere Frauen können dort lernen, wie sie ihre Kinder und sich selbst in gesundheitlicher Beziehung zu behandeln haben werden, wenn einst nach Beseitigung der Ausbeuterherrschaft sie dazu in der Lage sein werden.

Zum Bundesstag des Arbeiter-Schachbundes! Alle KPD- und KZ-Mitglieder, die als Delegierte zum Bundesstag nach Hamburg fahren, müssen sich am Karfreitag den 18. April, nachmittags 2 Uhr, im Hamburger Gewerkschaftshaus zu einer wichtigen Besprechung einfinden.

Das Asyl für Obdachlose.

Der Proletarier F. S. war in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag gezwungen, in dem Asyl für Obdachlose auf der Schupbrücke Nachtquartier zu suchen. Hier mußte er sich der Prozedur der Entlassung unterziehen, da im Weigerungsfalle Verhaftung angedroht war. Die Folge der Entlassung waren nicht etwa ein Haufen von Käuseleichen, sondern die vollständige Ruinierung der Kleider.

Der Asylverwaltung wäre dringend zu empfehlen, mit den Nachtgästen nicht wie mit geduldbigen Tieren umzugehen.

Wie Geld gemacht wird.

Ein besonders „tüchtiger“ Geschäftsmann scheint der Herr Buchmann, Zauengienstr. 79 zu sein. Ende Dezember v. J. engagierte er einen Reisenden A. B., der die Aufgabe hatte, ein im Buchhandel zu 5-6 Mark verkauftes Kräuterbuch zum Wucherpreise von 16 Mark abzusetzen. Dem Reisenden B. versprach der Herr Buchmann außer der Provision 10 Mark Spesengeber wöchentlich zu geben. Dessen Versprechen war er nicht nachgekommen, wodurch der Reisende, um nicht Hungers zu sterben, sich gezwungen sah, Geldstücke für seinen Lebensunterhalt zu verwenden. Daraufhin hatte Herr Buchmann nichts Giltigeres zu tun, als den durch Hunger der Verzweiflung nahen Reisenden bei der Polizei wegen Unterschlagung anzeigen und seine Verpflichtung zu fordern. Höher geht es wirklich nicht.

Achtung, KPD. Breslau!

Die angekündigte Referentenzusammenkunft findet heute, 2 1/2 Uhr, in der Schmiedebergstraße, Neue Weltgasse, statt. Außer allen sonstigen redogehandten Genossen müssen sämtliche Reichstags- und Stadtverordnetenandidaten bestimmt erscheinen.

Am Mittwoch, den 23. April, findet eine öffentliche Angelegenheit versammlung im Zentralbauhaus statt, zu der wir heute schon alle Parteimitglieder anfordern, alles zu tun, damit die breitesten Angelegenheiten hiermit Kenntnis erhalten. Handzettel hierzu können im Büro abgeholt werden.

Schon nach Ostern gelangt ein Flugblatt und anderes Kleinmaterial zur Verbreitung. Dieses Material ist am Sonnabend feiertagsweise im Büro abholen. Die Ortsleitung.

Sie bestelle hiermit die

„Schlesische Arbeiter-Zeitung“

(Postzeitungspreisliste 1924 Nachtrag 6)

für den Monat

bei wöchentlich sechsmaliger Zustellung zum Preise von 2.— G.-M.

(Name, Stand und genaue Wohnungsangabe)